



XVI. Legislaturperiode

XVI legislatura

DOKUMENTATION NR. 1
LANDESGESETZENTWURF

Nr. 99/21

DOCUMENTAZIONE N. 1
DISEGNO DI LEGGE

N. 99/21

.....

Änderung des Landesgesetzes vom 21. Oktober 1996, Nr. 21, „Forstgesetz“

vorgelegt am 27.10.2021 vom Landtagsabgeordneten Peter Faistnauer

dem 2. Gesetzgebungsausschuss **zugewiesen**

.....

Modifica della legge provinciale 21 ottobre 1996, n. 21, “Ordinamento forestale”

presentato in data 27/10/2021 dal consigliere provinciale Peter Faistnauer

assegnato alla II commissione legislativa

Erstellt vom Amt für Rechts- und Gesetzgebungsangelegenheiten

(Vervielfältigung und Verbreitung für den internen Gebrauch)

a cura dell'ufficio affari legislativi e legali

(riproduzione e diffusione ad uso interno)

INHALTSVERZEICHNIS

INDICE

1) L.G. vom 21. Oktober 1996, Nr. 21
Art. 1, Art. 2, Art. 30-bis - Art. 65 S. 1

1) L.P. 21 ottobre 1996, n. 21
art. 1, art. 2, art. 30-bis - art. 65 pag. 16

a) Landesgesetz vom 21. Oktober 1996, Nr. 21 ¹⁾ Forstgesetz

1)Kundgemacht im Ord. Beibl. Nr. 3 zum A.Bl. vom 5. November 1996, Nr. 50.

I. KAPITEL Allgemeine Bestimmungen und forstlich-hydrogeologische Nutzungsbeschränkung

I. ABSCHNITT Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 (Zielsetzung)

(1) Das vorliegende Gesetz hat den Schutz von Böden und Grundstücken jeglicher Art und Zweckbestimmung und besonders der Wälder, Bergmähder und Weiden zum Ziel, um durch die Sicherstellung ihrer Erhaltung und Stabilität mittels Nachhaltigkeit bei der Produktion und durch die Förderung der geeignetsten Nutzungsform die Unversehrtheit und das Wohl der Allgemeinheit sowie die Erhaltung des Allgemeingutes zu gewährleisten.

(2) Im besonderen soll mit diesem Gesetz der Wald unter Wahrung seiner gebietsmäßigen Verteilung, gesunden Entwicklung und Nachhaltigkeit sowie durch die Unterstützung seiner verschiedenen Funktionen, vor allem der Schutz-, Nutz-, Erholungs-, Sozial- und Lebensraumfunktion in seiner Gesamtheit erhalten werden.

Art. 2 (Maßnahmen)

(1) Die Zielsetzung gemäß Artikel 1 wird erreicht durch :

- a) die Auferlegung der forstlich- hydrogeologischen Nutzungsbeschränkung zur Erhaltung der Ökosysteme, zur Sicherung des Bodens, zum geordneten Abfluß des Wassers, zur nachhaltigen Behandlung der Wälder, Bergmähder und Weiden, zur Erhaltung der Tier- und Pflanzenwelt sowie zum Schutz vor Schäden an besonders gefährdeten Stellen; dabei sind jeweils auch die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes zu beachten;
- b) die Errichtung von Wasserschutzbauten und das Ergreifen von Wasserschutzmaßnahmen im forst- und landwirtschaftlichen Bereich und auch zum Schutz vor Schäden an besonders gefährdeten Stellen zur Sicherstellung des geordneten Wasserabflusses und zur Erhaltung der Bodenstabilität; ²⁾
- c) die Gewährung von Förderungsmaßnahmen zugunsten der Wälder, Almen und Bergwirtschaft zur Gewährleistung eines optimalen Schutzes und einer nachhaltigen Nutzung des Bodens;
- d) die kostenlose Beratung und Betreuung der Wald- und Weideeigentümer und Forstunternehmer zur Sicherstellung der bestmöglichen Behandlung der Kulturflächen, Waldbestände und Weidegründe.

2)Der Buchstabe b) des Art. 2 Absatz 1 wurde so ersetzt durch Art. 19 Absatz 1 des [L.G. vom 23. Juli 2021, Nr. 5](#).

a) Landesgesetz vom 21. Oktober 1996, Nr. 21 ¹⁾

Forstgesetz

1)Kundgemacht im Ord. Beibl. Nr. 3 zum A.Bl. vom 5. November 1996, Nr. 50.

II. KAPITEL

Besondere Vorschriften für Böden und Grundstücke ⁴⁾

VI. ABSCHNITT

Forstliches Vermehrungsgut

Art. 30/bis (Inverkehrbringen)

- (1)** Das Land Südtirol regelt mit Durchführungsverordnung den Verkehr mit forstlichem Vermehrungsgut gemäß Richtlinie 1999/105/EG des Rates der Europäischen Union vom 22. Dezember 1999.
- (2)** Die Aufgaben der amtlichen Stelle laut Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe k) der Richtlinie 1999/105/EG werden im Land Südtirol von der Landesabteilung Forstwirtschaft wahrgenommen.
- (3)** Wer ohne Genehmigung forstliches Vermehrungsgut produziert, zum Verkauf lagert, zum Verkauf anbietet oder sonst wie in Verkehr bringt, unterliegt einer verwaltungsrechtlichen Geldbuße von 1.000 Euro bis zu 6.000 Euro.
- (4)** Wer nicht für jede Produktionseinheit den Bestand an forstlichem Vermehrungsgut führt und keine sorgfältigen Aufzeichnungen des Ein- und Ausgangs desselben führt unterliegt einer verwaltungsrechtlichen Geldbuße von 500 Euro bis zu 3.000 Euro.
- (5)** Wer die Aufzeichnungen des Ein- und Ausgangs von forstlichem Vermehrungsgut fehlerhaft führt oder der Landesabteilung Forstwirtschaft den Bestand an forstlichem Vermehrungsgut in den eigenen Produktionseinheiten nicht mitteilt, unterliegt einer verwaltungsrechtlichen Geldbuße von 200 Euro bis zu 1.200 Euro.
- (6)** Wer forstliches Vermehrungsgut nicht in einheitlich identifizierbaren Partien ankauft, verteilt, in den Handel bringt, transportiert oder auf jeden Fall nicht die Herkunft oder Klonidentität belegen kann, unterliegt einer verwaltungsrechtlichen Geldbuße von 50 Euro bis zu 300 Euro - mit einer Mindeststrafe von jedenfalls 100 Euro - für jedes Kilogramm oder jeden Bruchteil davon an Samen, für jedes Hektoliter oder jeden Bruchteil davon an Zapfen, Fruchtständen oder Früchten und für je Hundert oder jeden Bruchteil davon an Pflanzgut oder Pflanzenteilen.
- (7)** Das Personal, welches die Kontrollaufgaben inne hat und die Übertretung feststellt, kann das forstliche Vermehrungsgut beschlagnahmen und auf Kosten des Übertreters vernichten. Zu Lasten des Übertreters gehen auch eventuelle Kosten für Untersuchungen, die von beauftragten Instituten durchgeführt werden.
- (8)** Im Falle der Wiederholung der in den Absätzen 4, 5 und 6 genannten Übertretungen kann der Direktor der Landesabteilung Forstwirtschaft die Genehmigung für eine Zeitspanne von 2 bis 5 Jahren aussetzen. ⁵⁰⁾

50)Art. 30/bis wurde eingefügt durch Art. 23 des [L.G. vom 23. Juli 2004, Nr. 4](#).

4)Die Überschrift des II. Kapitels wurde so geändert durch Art. 12 Absatz 1 des [L.G. vom 19. Juli 2013, Nr. 10](#).

III. KAPITEL

Arbeiten in Regie und Förderung im Berggebiet

I. Teil

Art der Eingriffe

Art. 31 (Arbeiten und Baumaßnahmen in Regie)

(1) Die Wasserschutzbauten im forstlichen, landwirtschaftlichen und weidewirtschaftlichen Bereich, die Baumaßnahmen zum direkten Schutz besonders gefährdeter Gebiete und Objekte, die Baumaßnahmen zur Errichtung der Infrastrukturen für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung des Bodens, die Baumaßnahmen für die Erschließung im forstlichen, landwirtschaftlichen und almwirtschaftlichen Bereich, die Maßnahmen zur Bekämpfung der Schädlinge und Krankheiten der Waldbäume und der Ankauf der dafür nötigen Mittel werden nach vorheriger Ermächtigung durch die Landesregierung und im Rahmen der dafür verfügbaren Mittel von der Landesabteilung Forstwirtschaft und den ihr unterstellten Forstinspektoraten durchgeführt; dabei werden jedoch die spezifischen Zuständigkeiten des Sonderbetriebes für Bodenschutz, Wildbach- und Lawinerverbauung sowie des Landesbetriebes für Forst- und Domänenverwaltung nicht berührt.


(1/bis) Die Projektierung der Arbeiten in Regie erfolgt über die gebietsmäßig zuständigen Forstinspektorate oder die Zentralämter der Landesabteilung Forstwirtschaft. [51\)](#)


(1/ter) Der jeweilige Amtsdirektor ist Arbeitgeber auch im Sinne der Bestimmungen über die Arbeitssicherheit. Er verfügt über die jeweiligen Arbeitsmittel und den Einsatz des Personals für die Durchführung der Arbeiten. Er übernimmt selbst die Bauleitung der Arbeiten oder überträgt diese Funktion einem Mitarbeiter der Landesabteilung Forstwirtschaft, der in ein Berufsbild eingestuft ist, das diese Aufgabe vorsieht. [52\)](#)


(1/quater) Der Bauleiter sorgt, als einziger Verfahrensverantwortlicher, für die laufende Baustellenabrechnung, für die Erteilung der für die Durchführung der Arbeiten notwendigen Aufträge, für die Bestätigung der ordnungsgemäßen Lieferung oder Dienstleistung sowie für die Übermittlung der Rechnungen und der Übersichten mit den geleisteten Arbeitsstunden. [53\)](#)

(2) Die in Absatz 1 genannten Eingriffe gelten auch für die Berggebiete im Sinne des Gesetzes vom 25. Juli 1952, Nr. 991, in geltender Fassung, und werden in der Regel in Regie durchgeführt; dabei gelten weiterhin für die Arbeiten, Ankäufe und Dienstleistungen, welche die Landesabteilung Forstwirtschaft in Regie durchführt, die einschlägigen Bestimmungen dieses Fachbereiches, wobei die Bestimmungen über die Durchführung öffentlicher Bauaufträge gemäß geltendem Gesetz davon unberührt bleiben.

(3) Die Landesverwaltung verlangt für die Verwirklichung der Baumaßnahmen, und besonders der Infrastrukturen nach Artikel 32, die freie Verfügbarkeit der für die Durchführung der Arbeiten notwendigen Grundstücke. Die betroffenen Grundeigentümer geben dafür mit der Unterstellungserklärung ihre Zustimmung. Die Vorlage für eine solche Erklärung wird mit der Durchführungsverordnung zum vorliegenden Gesetz festgelegt.

 Beschluss vom 9. März 2021, Nr. 227 - Richtlinien und Prioritäten für die Durchführung der Eingriffe in Eigenregie seitens der Landesabteilung Forstwirtschaft

 Beschluss vom 13. Februar 2012, Nr. 203 - Kriterien für die Abgabe von forstlichem Pflanzgut, welches in den Landesforstgärten erzeugt wird

 Beschluss Nr. 349 vom 12.02.2001 - Umsetzungsrichtlinien für forstliche Maßnahmen des Ländlichen Entwicklungsplanes der Autonomen Provinz Bozen 2000-2006

51)Art. 31 Absatz 1/bis wurde eingefügt durch Art. 3 Absatz 2 des [D.L.H. vom 5. Februar 2016, Nr. 8.](#)

52)Art. 31 Absatz 1/ter wurde eingefügt durch Art. 3 Absatz 2 des [D.L.H. vom 5. Februar 2016, Nr. 8.](#)

53)Art. 31 Absatz 1/quater wurde eingefügt durch Art. 3 Absatz 2 des [D.L.H. vom 5. Februar 2016, Nr. 8.](#)

Art. 32 (Arbeitsbereiche)

(1) Die gemäß Artikel 31 durchzuführenden Arbeiten umfassen folgende Bereiche:

- a) die Wasserschutzbauten im forstlichen Bereich mit:
 - 1) den Maßnahmen für eine geordnete Wasserableitung,
 - 2) den ingenieurb biologischen Verbauungen zur Befestigung von Rutschhängen,
 - 3) den Aufforstungen, Wiederaufforstungen sowie Waldverbesserungen,
- b) die Wasserschutzbauten im landwirtschaftlichen und weidewirtschaftlichen Bereich,
- c) die Verbauungen zur Stabilisierung und Erhaltung von landwirtschaftlichen Kulturgründen und Weideflächen mit Erosionsschäden,
- d) die Errichtung von Schutzvorrichtungen an besonders gefährdeten Stellen,
- e) die Anlage und Führung der Forstgärten, die Ernte, Erzeugung und Aufbewahrung von forstlichem Saat- und Pflanzgut,
- f) den Schutz des Waldes und der Waldbäume vor biotischen und abiotischen Schäden,

- g) die zur Verwirklichung der Baumaßnahmen laut vorliegendem Artikel und zur Bewirtschaftung der Kulturgründe, Wälder, Almen und Infrastrukturen notwendige Erschließung im Bereich der Forst-, Alm- und Landwirtschaft sowie der Landesforstdomäne,
- h) die Sofortmaßnahmen nach außergewöhnlichen Witterungserscheinungen oder Naturkatastrophen zur Errichtung von Zufahrtsstraßen zu den Schadflächen sowie zur Behebung der Schäden an den Bauten laut vorliegendem Artikel; [54](#))
- i) die Wiederherstellung, Verbesserung und Behandlung der Wälder und der Forstdomäne samt den damit verbundenen Maßnahmen, wie sie im Landesgesetz vom 17. Oktober 1981, Nr. 28, in geltender Fassung, vorgesehen sind,
- j) die Errichtung, Instandhaltung und Instandsetzung der Gebäude und Werkstätten zur Verwaltung der Landesforstdomäne gemäß Landesgesetz vom 17. Oktober 1981, Nr. 28, in geltender Fassung,
- k) die Bauten und Maßnahmen zur Behebung von Landschaftsschäden sowie zur Pflege und Erhaltung der Kulturlandschaft, einschließlich der Infrastrukturen für den Herdenschutz zur Vorbeugung von Schäden durch große Beutegreifer, sowie die Errichtung und Instandhaltung von Naturlehrpfaden, Wanderwegen und ähnlichen Infrastrukturen samt Zubehör. [55](#))

(2) Bei Maßnahmen laut Absatz 1 Buchstabe h) verfasst ein Beamter der Landesabteilung Forstwirtschaft eine Niederschrift, in der er kurz die entsprechenden Schäden und ihre Folgen beschreibt sowie - unter Angabe der dafür notwendig erachteten Kosten - anführt, wie diese Schäden behoben werden können. Der Direktor der Landesabteilung Forstwirtschaft verfügt, nach Ermächtigung durch den zuständigen Landesrat, den Beginn der Arbeiten und legt fest, wie sie durchgeführt werden sollen. Falls eine auf diese Weise begonnene Maßnahme nicht unverzüglich von der Landesregierung genehmigt wird, müssen die Arbeiten sofort eingestellt werden; in diesem Falle werden nur die Ausgaben liquidiert, welche für den durchgeführten Teil der Arbeiten zustehen. Die genannten Maßnahmen können auch als endgültige Bauwerke verwirklicht werden, wenn sie auf diese Weise wirtschaftlicher sind oder dem öffentlichen Interesse besser gerecht werden.


(3) Auf Ansuchen des Direktors des gebietsmäßig zuständigen Forstinspektorates kann die Landesregierung denselben ermächtigen, in Regie die Arbeiten laut Artikel 50 Absatz 1 durchzuführen. Diese Ermächtigung entspricht der Erklärung, dass die Arbeiten gemeinnützig, dringend und unaufschiebbar sind. Für deren Genehmigung bedarf es nur des Gutachtens laut Artikel 1 des [Landesgesetzes vom 19. November 1993, Nr. 23](#), in geltender Fassung.

(4) Für die Projekte zur Verwirklichung der Arbeiten, der Baumaßnahmen und der Eingriffe laut Absatz 1 sind, außer für den Bau und Umbau von Gebäuden sowie von Höfeerschließungswegen, nur das technisch-wirtschaftliche Gutachten der Fachkommission laut Artikel 2 des [Landesgesetzes vom 19. November 1993, Nr. 23](#), in geltender Fassung, und das Gutachten gemäß Artikel 12/bis des [Landesgesetzes vom 25. Juli 1970, Nr. 16](#), in geltender Fassung, erforderlich. Vor Baubeginn wird eine Kopie des Projektes der gebietsmäßig zuständigen Gemeinde übermittelt.

(5) Die Regiearbeiten laut vorliegendem Artikel können außer von der Landesabteilung Forstwirtschaft auch von der Landesabteilung Wasserwirtschaft und Wasserschutzbauten im Sinne des [Landesgesetzes vom 12. Juli 1975, Nr. 35](#), in geltender Fassung, durchgeführt werden.

(6) Je nach Art des Eingriffes und des öffentlichen Interesses an der Verwirklichung der Baumaßnahme werden die Arbeiten gänzlich zu Lasten der Landesverwaltung oder mit finanzieller Beteiligung der Nutznießer durchgeführt.

(7) Die Kriterien und die Prioritäten für die Eingriffe laut Absatz 5 werden von der Landesregierung festgelegt. [56](#))

 Beschluss vom 9. März 2021, Nr. 227 - Richtlinien und Prioritäten für die Durchführung der Eingriffe in Eigenregie seitens der Landesabteilung Forstwirtschaft

 Beschluss vom 19. Juli 2016, Nr. 816 - Genehmigung der Richtlinien für die Gewährung von Förderungen im forstlichen Bereich und für die Durchführung institutioneller Maßnahmen in Regie

54)Der Buchstabe h) des Art. 32 Absatz 1 wurde so ersetzt durch Art. 19 Absatz 19 des [L.G. vom 23. Juli 2021, Nr. 5](#).

55)Der Buchstabe k) des Art. 32 Absatz 1 wurde so ersetzt durch Art. 19 Absatz 19 des [L.G. vom 23. Juli 2021, Nr. 5](#).

56)Art. 32 wurde geändert durch Art. 30 des [L.G. vom 19. Februar 2001, Nr. 4](#), und später ersetzt durch Art. 10 des L.G. vom 23. Juli 2007, n. 6.

Art. 33 (Arbeiten in Regie mit Finanzierung Dritter)

(1) Wenn die Umstände einen direkten Eingriff zur Sicherung der Zielsetzung des vorliegenden Gesetzes erfordern, kann der Landesrat für Forstwirtschaft auf Anfrage Betroffener die Landesabteilung Forstwirtschaft ermächtigen, im Einklang mit ihren Programmen Arbeiten in Regie durchzuführen, die ganz oder teilweise von den Betroffenen finanziert werden. Diese Arbeiten müssen unter die Eingriffsarten laut vorliegendem Gesetz fallen.

(2) Nach Durchführung der Arbeiten laut Absatz 1 werden diese dem Auftraggeber in Rechnung gestellt. [57](#))

(3) Falls die Landesregierung einen Beitrag gewährt, um Eingriffe laut diesem Gesetz durchzuführen, können die Begünstigten den Beitrag der Landesabteilung Forstwirtschaft abtreten, die an ihrer Stelle die Arbeiten in Regie ausführt. [58](#))

57)Art. 33 Absatz 2 wurde so ersetzt durch Art. 30 Absatz 1 des [L.G. vom 23. Dezember 2015, Nr. 18](#).
58)Art. 33 wurde ersetzt durch Art. 7 des [L.G. vom 9. Jänner 2003, Nr. 1](#), und durch Art. 10 des [L.G. vom 23. Juli 2007, Nr. 6](#).

Art. 33/bis (Arbeiten in Regie für Gemeinden und andere öffentliche Körperschaften)

(1) Für die Gemeinden sucht der gebietsmäßig zuständige Bürgermeister, nach entsprechendem Beschluss des Gemeindevorstandes, um die Durchführung der Arbeiten und der Baumaßnahmen im Sinne der Artikel 19, 31, 32 und 33 an und beauftragt dazu die Landesabteilung Forstwirtschaft.

(2) Für andere öffentliche Körperschaften erfolgen die Beantragung und die Beauftragung laut Absatz 1 jeweils durch deren gesetzlichen Vertreter. [59\)](#)

59)Art. 33/bis wurde eingefügt durch Art. 30 Absatz 2 des [L.G. vom 23. Dezember 2015, Nr. 18](#).

Art. 33/ter (Umsetzung der Projekte)

(1) Die Agentur Landesdomäne setzt die von der Landesabteilung Forstwirtschaft ausgearbeiteten und genehmigten Projekte in Regie für diese Abteilung um. Sie bedient sich dabei der Einrichtungen der Abteilung und erhält dafür die entsprechenden Beiträge. Die Kontrolle über die rechtmäßige Umsetzung der Projekte bleibt bei der Abteilung. [60\)](#)

60)Art. 33/ter wurde eingefügt durch Art. 16 Absatz 1 des [L.G. vom 6. Juli 2017, Nr. 8](#).

II. Teil Landeshaushalt [61\)](#)

Art. 34 [62\)](#)

62)Art. 34 wurde zuerst ersetzt durch Art. 7 des [L.G. vom 9. Jänner 2003, Nr. 1](#), später durch Art. 10 des [L.G. vom 23. Juli 2007, Nr. 6](#), und schließlich aufgehoben durch Art. 3 Absatz 3 des [D.LH. vom 5. Februar 2016, Nr. 8](#).

Art. 35 [63\)](#)

63)Art. 35 wurde aufgehoben durch Art. 44 des [L.G. vom 9. Jänner 2003, Nr. 1](#); siehe auch Art. 45 des [L.G. vom 9. Jänner 2003, Nr. 1](#):

Art. 45 (Übergangsbestimmungen)

(1) Die autonome Verwaltung des Landesforstfonds gemäß Artikel 35 des [Landesgesetzes vom 21. Oktober 1996, Nr. 21](#), welcher mit Artikel 44 Absatz 1 Buchstabe c) dieses Gesetzes aufgehoben wurde, endet mit Wirkung ab dem 1. Jänner 2003. Das Land tritt in die Aktiva und Passiva sowie in die aktiven und passiven Rechtsbeziehungen der beendeten Verwaltung ein. Die am 31. Dezember 2002 bestehenden flüssigen Verfügbarkeiten werden den Einnahmen des Landeshaushaltes zugeführt und mit den Modalitäten gemäß Artikel 34 Absatz 3 des [Landesgesetzes vom 21. Oktober 1996, Nr. 21](#), in geltender Fassung, in denselben eingeschrieben. Die Rechnungslegung des aufgelassenen Landesforstfonds für das Jahr 2002 wird vom Landesforstkomitee bis zum 31. März 2003 genehmigt und, nach einer Kontrolle durch das Landesamt für Finanzaufsicht, zusammen mit einem technischen Bericht über die durchgeführten Maßnahmen, der Landesregierung zur Genehmigung unterbreitet.

(2) Die getrennte Gebarung des Sonderbetriebes für Bodenschutz, Wildbach- und Lawinenverbauung für die im Auftrag von Dritten durchgeführten Maßnahmen gemäß Artikel 30 Absatz 4 des [Dekretes des Landeshauptmanns vom 28. Oktober 1994, Nr. 49](#), endet mit Wirkung ab dem 1. Jänner 2003. Das Land tritt in die Aktiva und Passiva und in die aktiven und passiven Rechtsbeziehungen der geendeten Gebarung ein. Die am 31. Dezember 2002 bestehenden flüssigen Verfügbarkeiten werden den Einnahmen des Landeshaushaltes zugeführt und mit den Modalitäten gemäß Artikel 5 des [Landesgesetzes vom 12. Juli 1975, Nr. 35](#), in geltender Fassung, in denselben eingeschrieben.

61)Die Überschrift wurde geändert durch Art. 7 des [L.G. vom 9. Jänner 2003, Nr. 1](#).

III. Teil

Nähere Bestimmungen

Art. 36 (Projektierung und Bauausführung)

(1) Die Projektierung der Baumaßnahmen gemäß Artikel 31 sowie die für die Durchführung der Arbeiten eventuell notwendigen Vermessungen besorgt die Landesabteilung Forstwirtschaft.

(2) Mit den Vermessungen zur Festlegung der Grenzen und zur nachfolgenden Einverleibung der Eigentumsrechte im Grundbuch können auch Freiberufler betraut werden, welche in den jeweiligen Berufsverzeichnissen eingetragen sind.

(3) Die Projekte für die Baumaßnahmen gemäß Absatz 1 bestehen in der Regel aus:

- a) technischem Bericht,
- b) chorographischer Übersicht und Lageplan,
- c) Massenschätzung und Kostenvoranschlag,
- d) Regelprofilen im Falle von Infrastrukturen,
- e) einer von den Grundeigentümern gegengezeichneten Erklärung über die Verfügbarkeit der für die Durchführung der Arbeiten notwendigen Grundstücke,
- f) Verzeichnissen der vom Eingriff betroffenen Grundstücke mit Angabe der Grundparzellen und der Gesamt- und Teilflächen.

(4) Im Zuge der Bauausführung kann der Bauleiter im Rahmen der Projektleitlinie und der genehmigten Gesamtkosten eventuelle quantitative oder qualitative Änderungen vornehmen, um die ursprüngliche Zielsetzung zu erreichen; diese Änderungen müssen vorher vom Direktor der Landesabteilung Forstwirtschaft bewilligt werden, wenn sie einen Rahmen von fünfzehn Prozent überschreiten. Wenn diese Änderungen einen Rahmen von zwanzig Prozent überschreiten und im Widerspruch zu den Vorschriften stehen, muß der Bauleiter auf jeden Fall ein Varianteprojekt vorlegen, welches von denselben Organen genehmigt werden muß, die für das ursprüngliche Projekt zuständig waren.

(5) Die Abnahme der durchgeführten Arbeiten erfolgt nach den dafür geltenden Bestimmungen.

Art. 37 (Gemeinnützigkeitserklärung)

(1) Die Genehmigung der Ausführungsprojekte für Baumaßnahmen gemäß Artikel 31 durch die Landesregierung entspricht, für alle Auswirkungen des Gesetzes, der Erklärung der Gemeinnützigkeit, der Dringlichkeit und Unaufschiebbarkeit der Baumaßnahmen.

Art. 38 (Enteignung aus Gründen der Gemeinnützigkeit und dringliche Grundbesetzung)

(1) Wenn es für die Verwirklichung der auf die Zielsetzung gemäß den Artikeln 31 und 32 gerichteten Baumaßnahmen von großem öffentlichen Interesse unbedingt notwendig ist, kann die Landesverwaltung die Enteignung oder die dringliche Besetzung der betroffenen Grundstücke in der Form und gegen die Entschädigung, wie sie in den einschlägigen Rechtsvorschriften vorgesehen sind, vornehmen.

Art. 39 (Aussetzung der Nutzung oder befristete Besetzung von Grundstücken mit Nutzungsbeschränkung)

(1) Wenn sich die Notwendigkeit ergibt, Weideflächen mit Erosionserscheinungen zu verbauen oder im öffentlichen Interesse mit großem Nachteil für die Grundeigentümer die Nutzung vinkulierter Grundstücke sehr stark einzuschränken, kann der Landeshauptmann auf Vorschlag des Direktors der Landesabteilung Forstwirtschaft den Grundeigentümern die Aussetzung der Nutzung für einen maximalen Zeitraum von zwanzig Jahren anordnen oder die befristete Besetzung der Grundstücke vornehmen, um die notwendigen Arbeiten durchzuführen.

(2) Den Grundeigentümern, für welche die Vorschriften gemäß Absatz 1 gelten, kann eine fixe jährliche Vergütung gewährt werden, die der Landesrat für Forstwirtschaft festlegt. Dabei berücksichtigt er die entsprechenden Kriterien, die mit Beschluss der Landesregierung festgelegt werden. [64](#)

(3) Die Vergütung steht ab der Auferlegung der Vorschrift nach Absatz 1 und bis zur Rückgabe des Grundstücks an den Grundeigentümer nach der Abnahme der Arbeiten zu.

64)Art. 39 Absatz 2 wurde so ersetzt durch Art. 5 Absatz 13 des [L.G. vom 12. Dezember 2011, Nr. 14.](#)

Art. 40 (Übergabe der Bauten)

(1) Nach Abschluß und Abnahme der für die Durchführung eines Projektes getätigten Arbeiten werden die Grundstücke und, in der Regel, die Bauwerke den Eigentümern übergeben, welche die Vorschriften nach Artikel 41 beachten müssen.

(2) Nähere Bestimmungen über die Übergabe nach Absatz 1 werden mit Durchführungsverordnung zum vorliegenden Gesetz geregelt.

Art. 41 (Nutzung der Grundstücke und übergebenen Bauwerke)

(1) Aufforstungs- und verbaute Flächen dürfen weder landwirtschaftlich genutzt noch beweidet werden.

(2) Bei Übertretung des Verbotes gemäß Absatz 1 wird eine Verwaltungsstrafe von Euro 5 pro Ziege oder Pferd und von Euro 13 pro Rind, Schaf oder Schwein verhängt, wobei die Mindeststrafe in jedem Fall Euro 62 beträgt. Bei Übertretung von Artikel 10 werden die dort vorgesehenen Strafsätze angewandt, sofern sie höher sind. [65\)](#)

(3) Der Eigentümer von verbauten oder aufgeforsteten Grundstücken muss diese nach den Zielsetzungen gemäß Artikel 1 bewirtschaften und für die ordentliche Instandhaltung der Bauwerke sorgen. [66\)](#)

(4) Die Bauwerke müssen gut gepflegt und gebührend instandgehalten werden; besonders wichtig ist dies für die Maßnahmen zur Wasserableitung. Die Kosten dafür werden im Falle von Infrastrukturen nach Maßgabe ihrer Benutzung aufgrund einer Vereinbarung zwischen den Betroffenen aufgeteilt.

(5) Bei Nichtbeachtung der Verpflichtung nach Absatz 3 wird eine Verwaltungsstrafe von mindestens Euro 62 und höchstens Euro 622 verhängt. [65\)](#)

(6) Bei Übertretung der Bestimmungen nach Absatz 4 wird eine Verwaltungsstrafe von mindestens Euro 248 und höchstens Euro 2.487 verhängt. [65\)](#)

65)Die Beträge wurden so ersetzt durch Art. 1 Absatz 49 des [D.L.H. vom 19. Juli 2006, Nr. 34.](#)

66)Art. 41 Absatz 3 wurde so ersetzt durch Art. 16 Absatz 3 des [L.G. vom 18. Oktober 2016, Nr. 21.](#)

Art. 42 (Freiwillige Aufforstungen und Verbauungsmaßnahmen)

(1) Um die von Artikel 1 vorgesehene Zielsetzung zu sichern, können das Land, die Gemeinden, andere Körperschaften und auch zu Genossenschaften zusammengeschlossene Privateigentümer im Gebiet mit Nutzungsbeschränkung auch gemeinsam Neu- und Wiederaufforstungen vornehmen sowie in den Wäldern Waldpflege betreiben, wobei sie sich an die von der Landesabteilung Forstwirtschaft festgelegten Bestimmungen halten müssen.

(2) Mit der Projektierung, Bauleitung und Durchführung der Arbeiten kann die Landesabteilung Forstwirtschaft betraut werden, welche sie gemäß den Artikeln 31 und 32 übernehmen kann, wenn ein öffentliches Interesse daran besteht.

(3) Gegebenenfalls kann die Landesverwaltung, auch kostenlos, die notwendigen Samen und Pflanzen liefern oder die vorgesehenen Beiträge gewähren.

II. ABSCHNITT Förderung der Forst-, Berg- und Almwirtschaft

I. Teil

Allgemeine Bestimmungen

Art. 43 (Regelung der Beitragsgewährung)

(1) Abgesehen von anderslautenden Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes werden die Regelung für die Vorlage eines Gesuches um Gewährung eines Beitrages sowie die damit verbundenen Bestimmungen, Kriterien und Verpflichtungen in den nachfolgenden Artikeln festgelegt.



Beschluss vom 25. Februar 2014, Nr. 217 - Vorübergehende Maßnahmen für Förderungen im Bereich Forstwirtschaft



Beschluss Nr. 2051 vom 13.12.2010 - Genehmigung der Kriterien und Modalitäten für die Förderung von Maßnahmen zur Waldbrandvorbeugung, Waldbrandbekämpfung, der Wassereinsparung und zur Mehrfachnutzung der Wasserspeicher



Beschluss Nr. 2201 vom 07.09.2009 - Abänderung der Kriterien und Modalitäten für die Gewährung von Beiträgen zu Gunsten des ländlichen Raums und der Berggebiete im Sinne der Art. 43 - 49 des L.G. Nr. 21/1996

Art. 44 (Gesuche)

(1) Die Gesuche um Förderungsmaßnahmen gemäß vorliegendem Gesetz werden an die Landesregierung gerichtet und bei der Landesabteilung Forstwirtschaft eingereicht.

(2) Nähere Bestimmungen über die Vorlage der Gesuche nach Absatz 1 und der beizulegenden Unterlagen werden unter Berücksichtigung der Eigenheiten der jeweiligen Maßnahmen mit Rundschreiben des Direktors der Landesabteilung Forstwirtschaft festgelegt.

Art. 45 (Flüssigmachung und Auszahlung der Beiträge)

(1) Die Flüssigmachung der Beträge für die in diesem Abschnitt vorgesehenen Beiträge erfolgt gegen Vorlage von Unterlagen, mit denen nachgewiesen wird, daß der Direktor des gebietsmäßig zuständigen Forstinspektorates oder der im Sinne der einschlägigen Rechtsvorschriften des Landes beauftragte Beamte die ordnungsgemäße Ausführung der Arbeiten festgestellt hat.

(2) Wenn die festgestellten Ausgaben niedriger sind als die anerkannten Kosten, werden die gewährten Beiträge in proportional herabgesetztem Ausmaß ausgezahlt.

Art. 46 (Vorschüsse und Anzahlungen)

(1) Für Investitionen und Tätigkeiten, welche im Sinne des vorliegenden Gesetzes finanziert werden, können Vorschüsse und Anzahlungen bis zum Höchstausmaß von fünfzig Prozent des gewährten Beitrages oder Anzahlungen im Verhältnis zu den bereits durchgeführten und von den zuständigen Landesbeamten festgestellten Arbeiten ausgezahlt werden; dabei wird die Frist für den Arbeitsbeginn bzw. für die Ausführung der finanzierten Arbeiten festgelegt.

(2) Wenn die finanzierten Investitionen und Tätigkeiten nicht verwirklicht werden, müssen die Empfänger die bereits ausgezahlten Beträge zuzüglich der Zinsen gemäß amtlichem Diskontsatz zurückzahlen.

(3) Die Zurückerstattung muß innerhalb von sechzig Tagen nach Erhalt der eingeschriebenen mit Rückschein zugesandten Aufforderung erfolgen.

(4) Erfolgt die Zurückerstattung nicht innerhalb des angegebenen Zeitraumes, wird das Geld mit dem Verfahren gemäß Dekret des Präsidenten der Republik vom 28. Jänner 1988, Nr. 43, eingetrieben.

(5) Darüberhinaus werden den Säumigen keine Landesbeiträge mehr ausgezahlt, bis die Beträge nicht vollständig rückerstattet sind.

Art. 47 (Geänderte Zweckbestimmung der Investitionen)

(1) Werden finanzierte Investitionen für einen anderen Zweck bestimmt, müssen die Beitragsempfänger die Gelder samt Zinsen gemäß Artikel 46 zurückzahlen, und zwar ab dem Zeitpunkt, an dem die Zweckbestimmung geändert wurde, und bis zu dem Jahr, für das die Zweckbestimmung vorgeschrieben ist.

(2) Die Zweckbestimmung der finanzierten Investitionen muss bei unbeweglichen Sachen für mindestens 15 Jahre und bei beweglichen Sachen für mindestens fünf Jahre beibehalten werden. [67](#)

(3) Im Falle höherer Gewalt kann auf Anfrage eine Änderung der Zweckbestimmung mit landwirtschaftlicher, forstlicher, agrotouristischer oder handwerklicher Zielsetzung vereinbart werden, wenn sie innerhalb desselben landwirtschaftlichen Betriebes umgesetzt wird.

67)Art. 47 Absatz 2 wurde so ersetzt durch Art. 5 Absatz 14 des [L.G. vom 12. Dezember 2011, Nr. 14](#).

II. Teil Beiträge

Art. 48 (Beiträge für waldbauliche Maßnahmen)












(1) Die Landesverwaltung ist ermächtigt, Beiträge im Ausmaß von bis zu 70 Prozent der anerkannten Ausgaben für die Durchführung waldbaulicher Maßnahmen zu gewähren. Dazu zählen Neu- und Wiederaufforstungen, Waldpflegemaßnahmen jeder Art, phytosanitäre und sonstige Eingriffe in Waldbestände, einschließlich jener zur Vorbeugung von Wildschäden, Waldbränden und anderen Naturkatastrophen, sowie die damit verbundenen Arbeiten. Die Beiträge werden für die effektiv durchgeführten Arbeiten auf der Grundlage der Einheitspreise gemäß Erhebungsprotokoll ausgezahlt.

(2) Für die Erfordernisse gemäß Absatz 1 kann die Landesverwaltung Beiträge im Ausmaß von bis zu 40 Prozent der anerkannten Ausgaben für Investitionen zur Modernisierung des Maschinenparks für Holznutzung, Holzbringung und Erstverarbeitung von Holz gewähren. [68](#)

(3) Aufgrund des besonderen öffentlichen Interesses an der Erhaltung des guten Gesundheitszustandes der Wälder, ihrer Stabilität und Vitalität und beschränkt auf die Maßnahmen laut Absatz 1 bezüglich der Vorbeugung der Ausbreitung von Schäden durch Forstschädlinge und bezüglich der Waldpflege in den Jungbeständen, welche darauf abzielen, deren Stabilität und Widerstandskraft gegen Umwelteinflüsse zu gewährleisten, kann die Landesverwaltung Beiträge nach der „de minimis“ Regelung im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 gewähren, und zwar für abgeschlossene Maßnahmen, deren Beitragsantrag innerhalb 31. Dezember 2020 eingereicht wurde. [69](#)

(4) Die Beiträge laut Absatz 3 werden nach den Modalitäten von Absatz 1 gewährt, nachdem die zuständige Forstbehörde bestätigt hat, dass die Arbeiten ordnungsgemäß durchgeführt und abgeschlossen wurden. [70](#)

-  Beschluss vom 13. April 2021, Nr. 334 - Verlängerung von Beihilferegelungen in der Forstwirtschaft
-  Beschluss vom 8. September 2020, Nr. 692 - Richtlinien für die Gewährung von Förderungen für Maßnahmen zur Verbesserung des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Wertes der Wälder
-  Beschluss vom 6. August 2019, Nr. 676 - Änderung der Kriterien für die Gewährung von Beiträgen für Primärinfrastrukturen im ländlichen Raum und Berggebieten, für die Gewährung von Beihilfen im Bereich der Almwirtschaft sowie für die Gewährung von Förderungen im forstlichen Bereich
-  Beschluss vom 11. Juli 2019, Nr. 555 - Richtlinien für die Gewährung von Beihilfen für die Aufarbeitung und Bringung von Schadholz im Sinne des Art. 48 des Landesgesetzes Nr. 21 vom 21. Oktober 1996
-  Beschluss vom 18. April 2017, Nr. 456 - Richtlinien für die Gewährung von Förderungen im forstlichen Bereich (abgeändert mit Beschluss Nr. 676 vom 06.08.2019)
-  Beschluss vom 19. Juli 2016, Nr. 816 - Genehmigung der Richtlinien für die Gewährung von Förderungen im forstlichen Bereich und für die Durchführung institutioneller Maßnahmen in Regie
-  Beschluss vom 25. Februar 2014, Nr. 217 - Vorübergehende Maßnahmen für Förderungen im Bereich Forstwirtschaft
-  Beschluss Nr. 2051 vom 13.12.2010 - Genehmigung der Kriterien und Modalitäten für die Förderung von Maßnahmen zur Waldbrandvorbeugung, Waldbrandbekämpfung, der Wassereinsparung und zur Mehrfachnutzung der Wasserspeicher
-  Beschluss Nr. 2 vom 12.01.2009 - Genehmigung der Kriterien und Modalitäten für die Gewährung von Beihilfen für die Holzbringung vom Schlagbett mit bodenschonenden und bestandesschonenden Bringungstechniken. Beihilfe im forstlichen Sektor Nr. 598/2007

68)Art. 48 wurde so ersetzt durch Art. 5 Absatz 15 des [L.G. vom 12. Dezember 2011, Nr. 14](#).

69)Art. 48 Absatz 3 wurde hinzugefügt durch Art. 35 Absatz 1 des [L.G. vom 19. August 2020, Nr. 9](#).

70)Art. 48 Absatz 4 wurde hinzugefügt durch Art. 35 Absatz 1 des [L.G. vom 19. August 2020, Nr. 9](#).

Art. 49 (Beiträge für die Almen und Berggebiete)



(1) Die Landesverwaltung ist ermächtigt, Beiträge im Ausmaß von bis zu 70 Prozent der anerkannten Ausgaben für sämtliche Bauten, Maßnahmen und Dienstleistungen zu gewähren, die der Erhaltung und besseren Bewirtschaftung der Almen sowie der Erhaltung und Wiedergewinnung von Gebieten mit einer besonderen landschaftlichen, ökologischen oder kulturhistorischen Bedeutung dienen.

(2) Als Bauten, Maßnahmen und Dienstleistungen laut Absatz 1 gelten der Bau, die Instandsetzung und Anpassung von Infrastrukturen zur Erschließung, der Bau und die Instandsetzung von Infrastrukturen zur Unterbringung des Personals und von Vieh, die Wasserversorgung für das Personal und für das Vieh, die Infrastrukturen für die Sammlung und Entsorgung von Abwässern und tierischen Ausscheidungen, die Errichtung und Instandsetzung von Zäunen für die Abgrenzung der Weideflächen und die Trennung von Wald und Weide, die Bodenverbesserungen von Almflächen sowie die Infrastrukturen für die Verarbeitung und Lagerung der Produkte.

(3) Die Beiträge können den Eigentümern gewährt werden und, vorbehaltlich deren Zustimmung, den Pächtern und anderen Bewirtschaftern von öffentlichen oder privaten Almen, die sich auch im gemeinsamen Eigentum befinden können.

(4) In den nach den geltenden Bestimmungen ausgewiesenen Berggebieten und im ländlichen Raum können Beiträge für die Erschließung landwirtschaftlicher Betriebe, beispielsweise durch Straßen oder Seilbahnen, gewährt werden. Es werden Beiträge im Ausmaß von bis zu 80 Prozent der anerkannten Ausgaben für den Bau, die Instandsetzung, die Anpassung, den Bodenbelag des ländlichen Wegenetzes und die Versorgung mit Trink- und Löschwasser gewährt. In Gebieten, die aus sozio-ökonomischer oder hydrogeologischer Sicht besonders benachteiligt sind, können die Beitragssätze in angemessener Form bis zur vollständigen Deckung der anerkannten Ausgaben erhöht werden.

(5) Für den Bau, die Erweiterung und Instandsetzung von Infrastrukturen für die Unterbringung von land- und forstwirtschaftlichen Maschinen können öffentlichen Körperschaften Beiträge von bis zu 60 Prozent der anerkannten Ausgaben gewährt werden. [71\)](#)



Beschluss vom 13. April 2021, Nr. 334 - Verlängerung von Beihilferegelungen in der Forstwirtschaft



Beschluss vom 6. August 2019, Nr. 676 - Änderung der Kriterien für die Gewährung von Beiträgen für Primärinfrastrukturen im ländlichen Raum und Berggebieten, für die Gewährung von Beihilfen im Bereich der Almwirtschaft sowie für die Gewährung von Förderungen im forstlichen Bereich



Beschluss vom 18. April 2017, Nr. 456 - Richtlinien für die Gewährung von Förderungen im forstlichen Bereich (abgeändert mit Beschluss Nr. 676 vom 06.08.2019)



Beschluss vom 22. November 2016, Nr. 1296 - Kriterien für die Gewährung von Beihilfen im Bereich der Almwirtschaft (abgeändert mit Beschluss Nr. 676 vom 06.08.2019)



Beschluss vom 19. Juli 2016, Nr. 816 - Genehmigung der Richtlinien für die Gewährung von Förderungen im forstlichen Bereich und für die Durchführung institutioneller Maßnahmen in Regie



Beschluss vom 17. November 2015, Nr. 1328 - Kriterien für die Gewährung von Beiträgen für Primärinfrastrukturen im ländlichen Raum und Berggebieten (abgeändert mit Beschluss Nr. 676 vom 06.08.2019)



Beschluss vom 25. Februar 2014, Nr. 217 - Vorübergehende Maßnahmen für Förderungen im Bereich Forstwirtschaft



Beschluss Nr. 2051 vom 13.12.2010 - Genehmigung der Kriterien und Modalitäten für die Förderung von Maßnahmen zur Waldbrandvorbeugung, Waldbrandbekämpfung, der Wassereinsparung und zur Mehrfachnutzung der Wasserspeicher



Beschluss Nr. 2201 vom 07.09.2009 - Abänderung der Kriterien und Modalitäten für die Gewährung von Beiträgen zu Gunsten des ländlichen Raums und der Berggebiete im Sinne der Art. 43 - 49 des L.G. Nr. 21/1996





71) Art. 49 wurde so ersetzt durch Art. 5 Absatz 16 des [L.G. vom 12. Dezember 2011, Nr. 14](#).

Art. 50 (Beiträge im Fall von Schäden an Infrastrukturen und Liegenschaften durch Naturkatastrophen)



(1) Gemeinden, Eigenverwaltungen bürgerlicher Nutzungsrechte, Genossenschaften, Konsortien und anderen Vereinigungen sowie Privaten kann die Landesverwaltung Beiträge im Ausmaß von bis zu 70 Prozent der anerkannten Ausgaben gewähren, die der Behebung von Schäden an Liegenschaften und Infrastrukturen mit vorwiegendem land- oder forstwirtschaftlichem Charakter dienen, wenn die Schäden durch Naturkatastrophen wie Erdbeben, Lawinen, Erdbeben oder Überschwemmungen verursacht wurden.

(2) Der Höchstbetrag wird mit Beschluss der Landesregierung festgelegt und kann von dieser unter Berücksichtigung der veränderten Lebenshaltungskosten laut ISTAT-Index neu bemessen werden. Die Beiträge werden für die effektiv durchgeführten Arbeiten auf der Grundlage der Einheitspreise entrichtet, die aus dem Erhebungsprotokoll hervorgehen. [72\)](#)

-  Beschluss vom 25. Mai 2021, Nr. 465 - Richtlinien für die Beitragsgewährung bei Schäden an Liegenschaften und Infrastrukturen, die durch Erdbeben, Lawinen, Erdbeben oder Überschwemmungen verursacht werden
-  Beschluss vom 6. August 2019, Nr. 676 - Änderung der Kriterien für die Gewährung von Beiträgen für Primärinfrastrukturen im ländlichen Raum und Berggebieten, für die Gewährung von Beihilfen im Bereich der Almwirtschaft sowie für die Gewährung von Förderungen im forstlichen Bereich
-  Beschluss vom 22. November 2016, Nr. 1296 - Kriterien für die Gewährung von Beihilfen im Bereich der Almwirtschaft (abgeändert mit Beschluss Nr. 676 vom 06.08.2019)
-  Beschluss vom 19. Juli 2016, Nr. 816 - Genehmigung der Richtlinien für die Gewährung von Förderungen im forstlichen Bereich und für die Durchführung institutioneller Maßnahmen in Regie

72)Art. 50 wurde so ersetzt durch Art. 5 Absatz 17 des [L.G. vom 12. Dezember 2011, Nr. 14](#).

III. ABSCHNITT

Beratung, Öffentlichkeitsarbeit, Forschung und Weiterbildung

Art. 51 (Beratung und Betreuung)

(1) Die Landesabteilung Forstwirtschaft bietet den einzelnen Waldeigentümern und Forstarbeitern kostenlos Beratung und Betreuung für:

- a) den Schutz des kleinbäuerlichen Eigentums und die Unterstützung des Zusammenschlusses von Waldeigentümern zu Vereinigungen und Genossenschaften für die Vorbeugung und Bekämpfung von Waldbränden, für den Schutz vor biotischen und abiotischen Schäden und die entsprechende Vorbeugung, sowie für die Nutzung und den Verkauf von forstlichen Produkten und den Handel damit,
- b) die Verbesserung der Wälder und Weiden, die Anlegung neuer Wälder, den Aufbau kleiner forstlicher Handwerksbetriebe und Schlägerungsunternehmen,
- c) die Behandlung und die Nutzung der Wälder, die Anpassung der Produktion, abgestimmt auf die ökologischen Gegebenheiten der einzelnen Waldbestände, sowie den Handel mit den Forstprodukten.

(2) Die entsprechenden Ausgaben, sowie jene des vorliegenden Abschnittes, werden in der Regel in Regie getätigt.

(3) Der zuständige Landesrat kann darüber hinaus auf Vorschlag des Direktors der Landesabteilung Forstwirtschaft besondere Anerkennungen für Verdienste um den Wald verleihen.

Art. 52 (Öffentlichkeitsarbeit)

(1) Die Landesabteilung Forstwirtschaft betreibt, auch einvernehmlich mit dem italienischen, deutschen und ladinischen Schulamt, Öffentlichkeitsarbeit; dabei werden gemeinsame Programme und Exkursionen durchgeführt, beteiligen sich Vertreter der Abteilung selbst am Unterricht, werden Informationskurse über Themenbereiche des Waldes und der Umwelt für Pflicht- und Oberschüler veranstaltet sowie Lehrpersonen geführt und Baumfeste abgehalten.

Art. 53 (Forschung und Entwicklung)

(1) Die Landesabteilung Forstwirtschaft betreibt Forschung und Entwicklung im Bereich des Waldbaues, der Genetik, der Forstökologie, der Almwirtschaft, der Forst- und Gebietsplanung der Waldfunktionen, der Fischerei-, Wild- und Jagdwirtschaft, der Betriebsführung und der Waldertragslehre, weiters für die Erforschung und den Schutz des Waldes vor Erkrankungen, anderen negativen Einflüssen und neuartigen Schäden, sowie des Bodens, im Bereich der Wasserschutzbauten im forstlichen, land- und almwirtschaftlichen Bereich, des Holzes und der Mechanisierung der Waldarbeit und schließlich für das Studium der Waldökosysteme, ihres Gleichgewichtes und Beziehungsgefüges mit dem natürlichen Umfeld besonders in Hinblick auf ihre Erhaltung und den Schutz von Natur und Landschaft.

(2) Für die Durchführung der Tätigkeit gemäß Absatz 1 kann die Landesabteilung Forstwirtschaft die Mitarbeit des land- und forstwirtschaftlichen Versuchszentrums "Laimburg" sowie die Beratung und Mitarbeit von in- und ausländischen Universitätsinstituten oder Forschungsanstalten in Anspruch nehmen.

Art. 54 (Aus- und Weiterbildung)

(1) Mit der forstlichen Ausbildung ist die Landesabteilung Forstwirtschaft betraut, welche, auch unter Zuhilfenahme der anderen Strukturen der Landesverwaltung, mit der Abhaltung von Aus- und Weiterbildungskursen für das eigene Personal dafür sorgt.

(2) Die Tätigkeit gemäß Absatz 1 ist auf die Ausbildung, Spezialisierung und Weiterbildung des Personals der Landesabteilung Forstwirtschaft ausgerichtet.

(3) Das Personal nach Absatz 2 kann Weiterbildungskurse an in- und ausländischen Ausbildungsstätten besuchen.

(4) Es können ebenso berufliche Aus- und Weiterbildungskurse für Waldeigentümer und einzelne Forstarbeiter sowie Holzfäller abgehalten werden; dabei können auch Teilnahmebestätigungen und Zeugnisse ausgestellt werden.

(5) Die Ausbildung kann auch mittels Lehrfahrten, Konferenzen, Tagungen, Ausstellungen, Vorfürungen, Werbeauftritten, Wettkämpfen, Veröffentlichungen und Studien sowie durch die Herstellung, den Ankauf und die Miete von Filmen und Unterrichtsmaterial und die Erhebung und Auswertung von statistischen Daten durchgeführt werden.

(6) Für die Zielsetzung gemäß vorliegendem Artikel ist die Landesverwaltung ermächtigt, Beiträge zugunsten von Körperschaften und Vereinigungen im Bereich der Forstwirtschaft, der Jagd, Fischerei und Umwelt zu gewähren sowie audiovisuelle Hilfsmittel und Dokumentations- und Informationsmaterial zur Verfügung zu stellen.

IV. KAPITEL

Aufgaben und Organe der Forstverwaltung

Art. 55 [73](#)

73)Art. 55 wurde aufgehoben durch den Buchstaben b) des Art. 24 Absatz 1 des [L.G. vom 19. Juli 2013, Nr. 10](#).

Art. 56 (Aufbau des Landesforstdienstes)

(1) Der Landesforstdienst setzt sich zusammen aus:

- a) der Direktion der Landesabteilung Forstwirtschaft mit landesweiter Zuständigkeit,
- b) den Zentralämtern mit spezifischen Aufgaben und landesweiter Zuständigkeit,
- c) den Forstinspektoraten mit Zuständigkeit für mehrere Gemeindegebiete,
- d) dem Landesbetrieb für Forst- und Domänenverwaltung,
- e) den Forststationen als operative Einheiten der Forstinspektorate und des Landesbetriebes für Forst- und Domänenverwaltung,
- f) [74](#),
- g) den Dienststellen für Jagd- und Fischereiaufsicht.

(2) Die Anzahl, die Bezeichnung und die Zuständigkeiten der zentralen und peripheren Ämter sind in den einschlägigen Rechtsvorschriften des Landes festgelegt.

(3) Mit Durchführungsverordnung zum vorliegenden Gesetz werden die Anzahl, die Bezeichnung und die Zuständigkeiten der Forststationen und Dienststellen für Jagd- und Fischereiaufsicht festgelegt. [75](#)



Beschluss Nr. 491 vom 22.03.2010 - Regelung der Jagdausübung durch die Verantwortlichen der Dienststellen für Jagd- und Fischereiaufsicht

74)Der Buchstabe f) des Art. 56 Absatz 1 wurde aufgehoben durch Art. 12 Absatz 8 des [L.G. vom 23. Oktober 2014, Nr. 10](#).

75)Art. 56 Absatz 3 wurde so ersetzt durch Art. 12 Absatz 9 des [L.G. vom 23. Oktober 2014, Nr. 10](#).

Art. 57 (Befugnisse)

(1) Den Landesbediensteten, die der Landesabteilung Forstwirtschaft zugeteilt sind und deren Berufsbild die Aufgaben des Personals des Staatsforstkorps beinhaltet, werden jeweils die Befugnisse eines Beamten der Sicherheitspolizei sowie eines einfachen oder höheren Amtsträgers der Gerichtspolizei gemäß den einschlägigen Bestimmungen zuerkannt.

(2) Das Personal gemäß Absatz 1 mit der Befugnis als Beamter der Sicherheitspolizei ist zum Tragen der Dienstwaffe ermächtigt.

Art. 58 (Gebietsmäßige Zuständigkeit)

(1) Der Landesabteilung Forstwirtschaft obliegt die Aufsicht über den gesamten Bereich der Forst- und Almwirtschaft auf Landesebene sowie die Kontrolle und Koordinierung der Tätigkeit der Zentralämter und Forstinspektorate.

(2) Die Forstinspektorate und der Landesbetrieb für Forst- und Domänenverwaltung sind die ausführenden Organisationseinheiten der Landesabteilung Forstwirtschaft und werden von den Forststationen und Waldaufsichtsbezirken unterstützt, wenn das Ausmaß der Aufgaben eine feiner gegliederte gebietsmäßige Organisation erfordert.

(3) Im eigenen Zuständigkeitsbereich sind die Direktoren der Landesabteilung Forstwirtschaft, der Forstinspektorate und der Zentralämter sowie der Direktor des Landesbetriebes für Forst- und Domänenverwaltung die direkten Vorgesetzten des gesamten der jeweiligen Dienststelle zugeteilten Personals.

(4) Der Direktor der Landesabteilung Forstwirtschaft oder eine von ihm beauftragte Person ersetzt den Direktor des gebietsmäßig zuständigen Forstinspektorates in seiner Funktion, welche er nach den einschlägigen Bestimmungen des Landes als Mitglied von wie auch immer benannten Kommissionen, Komitees und Beiräten innehat.

Art. 59 (Aufgaben)

(1) Das Personal laut den Artikeln 56 und 57 übt in Hinsicht auf die Wälder und Almen die Überwachungs- und Schutzaufgaben und allgemein, soweit sie in den Zuständigkeitsbereich des Landes fallen, die Polizeibefugnisse und institutionellen Aufgaben des Staatsforstkörpers, die ihnen von diesem Gesetz zugewiesenen sowie die von weiteren Rechtsvorschriften festgelegten Aufgaben aus.

(2) Institutionelle Aufgaben des Landesforstdienstes sind die nachhaltige Behandlung des Bodens unter Beachtung der hydrogeologisch-forstlichen Nutzungsbeschränkung, die entsprechende Aufsicht und Kontrolle sowie jene über die Einhaltung anderer Bestimmungen, deren Überwachung dem Landesforstkörpers übertragen ist, die Durchführung forstlicher Regiearbeiten, die Gewährung von Förderungen, die Beratung sowie alle damit verbundenen Tätigkeiten, insbesondere auch die wissenschaftlichen Tätigkeiten und die Verwaltungstätigkeiten, die mit der Ausübung der genannten Tätigkeiten zusammenhängen.

(3) Zur Abwicklung der Aufgaben laut diesem Artikel und zur Durchführung der Arbeiten und Maßnahmen in Regie, welche in den Artikeln 25, 28, 31, 32 und 33 vorgesehen sind, nimmt der Direktor der Landesabteilung Forstwirtschaft die Durchführung und Beschaffung von Arbeiten, Gütern und Dienstleistungen, einschließlich des Ankaufs von Kleidung, Ausrüstung und Dienstwaffen sowie von Fahrzeugen und Sondermaschinen, in Regie vor. [76\)](#)

(4) Die Forststationen werden in der Regel von Landesbediensteten im Rang eines höheren Amtsträgers der Gerichtspolizei geleitet.

(5) Die Organisationseinheiten laut Artikel 56 Absatz 1 Buchstaben a), c) und d) werden von Forstakademikern geleitet, welche den Befähigungsnachweis zur Ausübung des entsprechenden Berufes besitzen. [77\)](#) [78\)](#)

76)Art. 59 Absatz 3 wurde so ersetzt durch Art. 12 Absatz 4 des [L.G. vom 19. Juli 2013, Nr. 10.](#)

77)Art. 59 wurde ersetzt durch Art. 2 des [L.G. vom 18. Oktober 2006, Nr. 11.](#)

78)Art. 59 Absatz 5 wurde so geändert durch Art. 52 Absatz 2 Buchstabe m) des [L.G. vom 19. Mai 2015, Nr. 6.](#)

Art. 60 (Forstarbeiter)

(1) Zur Durchführung in Regie aller von den einschlägigen Bestimmungen vorgesehenen Arbeiten und Maßnahmen sind die Ämter der Landesabteilung Forstwirtschaft ermächtigt, Forstarbeiter mit privatrechtlichem Arbeitsvertrag aufzunehmen, wobei sie den entsprechenden staatlichen kollektiven Arbeitsvertrag für die Arbeiter zur Durchführung von Arbeiten für Wasserschutzbauten im forstlichen und landwirtschaftlichen Bereich sowie die entsprechenden ergänzenden Bereichsverträge anwenden.



Art. 61 (Für die Anwendung des Gesetzes verantwortliches Personal)

(1) Die Aufsicht über die Anwendung des vorliegenden Gesetzes und jeder anderen Bestimmung über die Erhaltung des Bodens, die Vergrößerung, den Schutz und die Nutzung der Wälder und Almen, den Natur- und Landschaftsschutz, den Schutz der Fauna und Flora auf Landesebene, die Jagd und Fischerei sowie jede andere Aufgabe aufgrund von Sonderbestimmungen werden dem Forstpersonal gemäß Artikel 57 übertragen. Aufrecht bleiben die Bestimmungen, wie sie im Legislativdekret vom 12. März 1948, Nr. 804- mit Änderungen zum Gesetz vom 4. Mai 1951, Nr. 538, erhoben - enthalten sind, und im Sinne von Artikel 4 Absatz 6 des [Landesgesetzes vom 24. März 1977, Nr. 11](#), in geltender Fassung, übernommen wurden.

(2) Unbeschadet der Zuständigkeiten der Amtsdirektoren laut einschlägigen Rechtsvorschriften wird der Bußgeldbescheid vom Direktor der Landesabteilung Forstwirtschaft erlassen. Er muss den Betroffenen innerhalb von zwei Jahren ab Erhalt der Verteidigungsschriften oder ab dem Datum der Anhörung oder, bei Fehlen dieser, ab Ablauf der hierfür vorgesehenen Fristen zugestellt werden. [79\)](#)

(3) Wer mit einer Handlung oder Unterlassung gleichzeitig mehrere Bestimmungen verletzt, für deren Übertretung eine Verwaltungsstrafe vorgesehen ist, oder wer mehrmals dieselbe Bestimmung verletzt, wird für jede einzelne Übertretung mit einer Verwaltungsstrafe bestraft.

(4) Auf die von diesem Gesetz vorgesehenen proportional bemessenen verwaltungsrechtlichen Geldbußen findet die Zahlung in herabgesetztem Ausmaß im Sinne von Artikel 6 des [Landesgesetzes vom 7. Jänner 1977, Nr. 9](#), in geltender Fassung, keine Anwendung, da diese Geldbußen, im öffentlichen Interesse, auch als Ersatz für den an Umwelt und Natur verursachten Schaden dienen und somit notwendigerweise in direktem Verhältnis zur Schadenshöhe stehen müssen. [80\)](#)

79)Art. 61 Absatz 2 wurde so ersetzt durch Art. 19 Absatz 20 des [L.G. vom 23. Juli 2021, Nr. 5](#).
80)Art. 61 Absatz 4 wurde hinzugefügt durch Art. 19 Absatz 21 des [L.G. vom 23. Juli 2021, Nr. 5](#).

V. KAPITEL Übergangs- und Schlußbestimmungen

Art. 62 (Erste Anwendung)

(1) In erster Anwendung des vorliegenden Gesetzes unterliegen den Bestimmungen gemäß Artikel 3 und folgende die Böden und Grundstücke, welche bei seinem Inkrafttreten einer Nutzungsbeschränkung gemäß den Artikeln 1 und 17 des königlichen Dekretes vom 30. Dezember 1923, Nr. 3267, unterworfen waren, sowie die Biotope, für welche eine landschaftliche Unterschutzstellung gemäß geltenden Rechtsvorschriften auf dem Gebiet des Natur- und Landschaftsschutzes besteht.

(2) In Erwartung der Fertigstellung der wald- und weidewirtschaftlichen Realnutzungskarte nach Artikel 21 verwendet die Landesabteilung Forstwirtschaft zur Ausscheidung der Wald- und Weideflächen die den Behandlungsplänen nach Artikel 13 und 16 beigelegten Karten.

(3) Die Bestimmungen über die Regiearbeiten gemäß Artikel 31 Absatz 2 werden auch auf die institutionellen Aufgaben und jene, welche dem Sonderbetrieb für Bodenschutz, Wildbach- und Lawinerverbauung übertragen sind, angewandt.

(4) Der Sonderstellenplan der Unteroffiziere und Forstwachen des Landesforstkörpers wird um 15 Stellen erweitert.

(5) Forstakademiker, welche bei Inkrafttreten des vorliegenden Gesetzes bereits mit der Leitung einer Organisationseinheit beauftragt sind, aber den von Artikel 59 Absatz 5 vorgesehenen Befähigungsnachweis nicht besitzen, behalten die Ernennung zum Leiter der ihnen anvertrauten Organisationseinheiten bei, und der Auftrag kann auch ohne diese Voraussetzung erneuert werden.

Art. 63 (Aufhebung von Rechtsvorschriften)

(1) Aufgehoben sind:

- a) die Abschnitte I, II, V und VI des [Landesgesetzes vom 31. Dezember 1976, Nr. 58](#),
- b) Artikel 22 des [Landesgesetzes vom 11. April 1979, Nr. 4](#),
- c) Artikel 22, 25 und 26 des [Landesgesetzes vom 7. Juli 1980, Nr. 24](#),
- d) [Landesgesetz vom 4. Mai 1982, Nr. 18](#),
- e) [Landesgesetz vom 14. Juni 1983, Nr. 17](#).

(2) Für die Übertretungen der in Absatz 1 angeführten Bestimmungen, die vor Inkrafttreten des vorliegenden Gesetzes begangen wurden, werden die in den genannten Bestimmungen enthaltenen Regelungen angewandt, wenn das Verfahren bezüglich der Verhängung der entsprechenden Strafe noch nicht abgeschlossen ist.

(3) Die in den nach Absatz 1 aufgehobenen Rechtsvorschriften enthaltenen Bestimmungen gelten nur mehr für die Fertigstellung der bereits genehmigten Arbeiten.

(4) Für die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes eingereichten Gesuche gelten für die Gewährung der nach Absatz 1 abgeschafften Begünstigungen die neuen Bestimmungen.

(5) Der Landeshaushalt gemäß Artikel 3 Absatz 1 des [Landesgesetzes vom 14. Juni 1983, Nr. 17](#), wird weiterhin für die Zielsetzungen und in der Art und Weise verwendet, wie dies im Artikel 34 des vorliegenden Gesetzes vorgesehen ist. [81\)](#)

(6) Die Eingriffe zu Lasten des Landeshaushalt, welche vor Inkrafttreten des vorliegenden Gesetzes beschlossen und bis zu diesem Zeitpunkt nicht verwirklicht wurden, werden in Durchführung der in den abgeschafften Rechtsvorschriften enthaltenen Bestimmungen gemäß Artikel 63 Absatz 1 abgeschlossen. [81\)](#)

81)Die Absätze 5 und 6 wurden geändert durch Art. 7 des [L.G. vom 9. Jänner 2003, Nr. 1](#).

Art. 64 [82\)](#)

82)Omissis.

Art. 65 (Inkrafttreten)

(1) Das vorliegende Gesetz tritt am 1. Jänner des auf seine Veröffentlichung im Amtsblatt der Region Trentino-Südtirol folgenden Jahres in Kraft.

Dieses Gesetz ist im Amtsblatt der Region kundzumachen. Jeder, dem es obliegt, ist verpflichtet, es als Landesgesetz zu befolgen und für seine Befolgung zu sorgen.

a) Legge provinciale 21 ottobre 1996 n. 21 ¹⁾ Ordinamento forestale

1)Pubblicata nel Suppl. Ord. n. 3 al B.U. 5 novembre 1996, n. 50.

TITOLO I Norme generali e vincolo idrogeologico-forestale

CAPO I Disposizioni generali

Art. 1 (Finalità della legge)

(1) La presente legge è finalizzata alla tutela dei terreni di qualsiasi natura e destinazione ed, in particolare, dei boschi, dei prati di montagna e dei pascoli, assicurandone la conservazione e la stabilità con la continuità della produzione nel tempo e favorendone l'utilizzazione più razionale, allo scopo di salvaguardare l'incolumità, la salute ed i beni della collettività.

(2) In particolare, la legge si propone di conservare il bosco nella sua estensione, garantendone la distribuzione territoriale, la vitalità e perpetuità e favorendo l'assolvimento delle sue diverse funzioni, principalmente quelle protettive, produttive e di habitat oltre che quelle igienico-estetico-ricreative.

Art. 2 (Tipologia degli interventi)

(1) Le finalità di cui all'articolo 1 si conseguono con:

- a) l'imposizione del vincolo a scopo idrogeologico-forestale, diretto alla conservazione degli ecosistemi, alla stabilità del suolo, al regolare deflusso delle acque, alla razionale coltura dei boschi, dei prati di montagna e dei pascoli, ed al loro miglioramento, alla conservazione della fauna e della flora, alla difesa dai danni derivanti dalla particolare situazione dei luoghi, tenendo conto anche della tutela della natura e del paesaggio;
- b) la realizzazione di opere e interventi di sistemazione idraulica, idraulico-forestale, idraulico-agraria e di difesa dai danni derivanti dalle particolari situazioni dei luoghi, dirette a conseguire un razionale regime delle acque e la conservazione della stabilità del suolo; ²⁾
- c) la concessione di provvidenze a favore dei boschi, dei pascoli montani e dell'agricoltura montana, atte a determinare una migliore e più razionale conservazione ed utilizzazione del suolo;
- d) la consulenza ed assistenza gratuita per i proprietari dei beni silvo-pastorali e gli operatori forestali, al fine di perseguire una più ottimale gestione del patrimonio agro-silvo-pastorale.

2)La lettera b) dell'art. 2, comma 1, è stata così sostituita dall'art. 19, comma 1, della [L.P. 23 luglio 2021, n. 5](#).

a) Legge provinciale 21 ottobre 1996 n. 21 ¹⁾

Ordinamento forestale

1) Pubblicata nel Suppl. Ord. n. 3 al B.U. 5 novembre 1996, n. 50.

Sezione II

Interventi e sanzioni in caso di violazione di norme

CAPO VI

Materiali forestali di moltiplicazione

Art. 30/bis (Commercializzazione)

(1) La Provincia autonoma di Bolzano con regolamento di esecuzione disciplina la commercializzazione dei materiali forestali di moltiplicazione, di cui alla direttiva 1999/105/CE del Consiglio dell'Unione europea del 22 dicembre 1999.

(2) La funzione di organismo ufficiale di cui all'articolo 2, paragrafo 1, lettera k), della direttiva 1999/105/CE nell'ambito della Provincia autonoma di Bolzano è esercitata dalla Ripartizione provinciale Foreste.

(3) Chiunque produce, detiene per vendere, pone in vendita o mette altrimenti in circolazione materiale forestale di moltiplicazione senza la licenza soggiace alla comminazione di una sanzione amministrativa pecuniaria da euro 1.000 a euro 6.000.

(4) Chiunque omette di tenere per ogni sito produttivo la consistenza dei materiali di moltiplicazione e la registrazione accurata delle uscite ed entrate degli stessi soggiace alla comminazione di una sanzione amministrativa pecuniaria da euro 500 a euro 3.000.

(5) Chiunque tiene irregolarmente le registrazioni delle entrate e uscite dei materiali di moltiplicazione od omette la comunicazione alla Ripartizione provinciale Foreste della consistenza dei materiali di moltiplicazione presente nelle proprie unità produttive, soggiace alla comminazione di una sanzione amministrativa pecuniaria da euro 200 a euro 1.200.

(6) Chiunque acquista, distribuisce, commercia, trasporta materiali di moltiplicazione forestale non separati in lotti identificati, o comunque senza poterne dimostrare la provenienza o l'identità clonale, soggiace alla comminazione di una sanzione amministrativa pecuniaria da euro 50 a euro 300, con un minimo in ogni caso di 100 euro, per ogni kg o frazione di kg di sementi, per ogni ettolitro o frazione di ettolitro di strobili, infruttescenze e frutti, per ogni centinaia o frazione di centinaia di postime o parti di piante.

(7) Il personale addetto alle funzioni di controllo, che accerta l'infrazione, può procedere al sequestro e alla distruzione, a carico del trasgressore, del materiale forestale di moltiplicazione. A carico del trasgressore vanno poste anche le eventuali spese d'analisi effettuate dagli istituti incaricati.

(8) Nel caso di reiterazione delle violazioni indicate ai commi 4, 5 e 6, il direttore della Ripartizione provinciale Foreste può disporre la sospensione della licenza per un periodo compreso tra 2 e 5 anni. [50\)](#)

50) L'art. 30/bis è stato inserito dall'art. 23 della [L.P. 23 luglio 2004, n. 4](#).

TITOLO III

Lavori in economia ed interventi contributivi a favore di terreni montani

CAPO I

Opere di sistemazione idraulico-forestale, idraulico-agrario, idraulico-pascoliva ed infrastrutture e mezzi necessari per la razionale gestione e conservazione dei territori montani

Sezione I

Tipologia degli interventi

Art. 31 (Lavori ed opere in economia)

(1) Le opere di sistemazione idraulico-forestale, idraulico-agraria, idraulico-pascoliva, di difesa dai danni derivanti dalla particolare situazione dei luoghi, nonché le opere relative alla costruzione delle infrastrutture necessarie per la conservazione ed una gestione di sviluppo sostenibile del suolo, alla viabilità forestale, alpica e rurale, alla lotta contro i parassiti e le malattie delle piante forestali, oltre all'acquisto dei mezzi necessari per la loro realizzazione, sono eseguite, previa autorizzazione da parte della Giunta provinciale, tramite la Ripartizione provinciale Foreste e gli ispettorati forestali dipendenti, utilizzando i mezzi finanziari a tal fine disponibili, fatte salve le specifiche competenze dell'azienda speciale per la regolazione dei corsi d'acqua e la difesa del suolo e dell'azienda provinciale foreste e demanio.


(1/bis) La progettazione dei lavori in economia avviene ad opera degli ispettorati forestali territorialmente competenti oppure degli uffici centrali della Ripartizione provinciale Foreste. [51\)](#)


(1/ter) Il rispettivo direttore d'ufficio funge da datore di lavoro anche ai sensi della normativa sulla sicurezza del lavoro. Dispone dei corrispondenti mezzi e dell'impiego del personale per l'esecuzione dei lavori. Assume l'incarico di direttore dei lavori o delega tale funzione a un collaboratore della Ripartizione provinciale Foreste inquadrato in un profilo professionale che preveda tale compito. [52\)](#)


(1/quater) Il direttore dei lavori, come responsabile unico del procedimento, provvede alla tenuta della contabilità di cantiere, all'affidamento degli incarichi necessari per l'esecuzione dei lavori, all'attestazione della regolare esecuzione delle forniture e dei servizi nonché all'inoltro delle fatture e delle distinte delle ore di lavoro prestate. [53\)](#)

(2) Gli interventi di cui al comma 1 sono estesi anche ai territori classificati montani ai sensi della legge 25 luglio 1952, n. 991, e successive modifiche ed integrazioni, e vengono di regola eseguiti in economia continuando ad applicarsi le leggi ed i regolamenti di settore per i lavori, le provviste ed i servizi da eseguirsi in economia da parte della Ripartizione provinciale Foreste e prescindendo dalla disciplina concernente i lavori pubblici contenuta nella normativa vigente in materia.

(3) L'amministrazione provinciale richiede per l'esecuzione delle opere e, specialmente, delle infrastrutture di cui all'articolo 32, la libera disponibilità del terreno necessario per l'esecuzione dei lavori. I proprietari dei terreni interessati danno il proprio consenso in base ad appositi atti di sottomissione. Lo schema per tale documento viene predisposto nel regolamento di esecuzione della presente legge.

 Delibera 9 marzo 2021, n. 227 - Criteri e priorità per l'effettuazione di interventi in amministrazione diretta da parte della Ripartizione provinciale Foreste

 Delibera 13 febbraio 2012, n. 203 - Criteri di cessione delle piantine forestali prodotte nei vivai forestali provinciali

 Delibera N. 349 del 12.02.2001 - Direttive di attuazione per le misure forestali del Piano di sviluppo rurale della Provincia autonoma di Bolzano 2000-2006

51)L'art. 31, comma 1/bis, è stato inserito dall'art. 3, comma 2, del [D.P.P. 5 febbraio 2016, n. 8.](#)

52)L'art. 31, comma 1/ter, è stato inserito dall'art. 3, comma 2, del [D.P.P. 5 febbraio 2016, n. 8.](#)

53)L'art. 31, comma 1/quater, è stato inserito dall'art. 3, comma 2, del [D.P.P. 5 febbraio 2016, n. 8.](#)

Art. 32 (Categorie di opere)

(1) Rientrano nelle opere da eseguirsi ai sensi dell'articolo 31 i lavori diretti a:

- a) la sistemazione idraulico-forestale comprendente:
 - 1) le opere per la regimazione idrogeologica;
 - 2) le opere di difesa vegetale per il consolidamento di pendici franose;
 - 3) le opere di imboscamento, di rimboscamento e miglioramento di boschi;
- b) la sistemazione idraulico-agraria e pascoliva;
- c) la sistemazione per il consolidamento e la conservazione dei terreni a coltura agraria e pascoliva, comunque soggetti ad erosione;
- d) la difesa dai danni derivanti dalla particolare situazione dei luoghi;
- e) l'impianto e la gestione dei vivai forestali, la raccolta, la produzione e la conservazione di sementi e postime forestali;
- f) la tutela del bosco e di piante forestali da danni biotici ed abiotici;

- g) la viabilità forestale, alpica e rurale necessaria per la realizzazione delle opere di cui al presente articolo nonché per la gestione del patrimonio agricolo, forestale, alpico, immobiliare e del demanio forestale;
- h) il pronto intervento in conseguenza di eventi meteorici eccezionali o calamità naturali per la realizzazione di strade di accesso alle superfici colpite nonché il ripristino dei danni alle opere di cui al presente articolo; [54](#));
- i) il ripristino, consolidamento e governo delle foreste e del demanio forestale ed interventi ad esso connessi, come previsto dalla [legge provinciale 17 ottobre 1981, n. 28](#), e successive modifiche;
- j) la costruzione, la manutenzione ed il ripristino dei fabbricati e degli opifici amministrativi del demanio forestale ai sensi della [legge provinciale 17 ottobre 1981, n. 28](#), e successive modifiche;
- k) le opere e gli interventi volti al risanamento degli ambienti naturali degradati nonché alla cura e manutenzione del paesaggio culturale, comprese le infrastrutture per la protezione delle greggi per evitare danni causati da grandi predatori, nonché la realizzazione e manutenzione di sentieri, percorsi di interesse naturalistico e infrastrutture similari, compresi gli accessori. [55](#)).

(2) Nel caso di intervento di cui al comma 1, lettera h), un funzionario della Ripartizione provinciale Foreste compila un verbale, nel quale sono descritti in modo succinto i danni procurati e le loro conseguenze nonché le modalità per ripararli e le spese ritenute a tal fine necessarie. Il direttore della Ripartizione provinciale Foreste, previa autorizzazione dell'assessore competente, dispone l'inizio e le modalità per l'esecuzione dei relativi lavori. Se un'opera così iniziata non viene approvata immediatamente dalla Giunta provinciale, i lavori devono essere immediatamente sospesi e possono essere liquidate soltanto le spese sostenute per la parte eseguita. Gli interventi e le opere in esame possono essere realizzati anche con opere aventi carattere definitivo, quando siano più economiche o rispondenti al pubblico interesse.

(3) Su richiesta del direttore dell'ispettorato forestale territorialmente competente, la Giunta provinciale può autorizzare lo stesso a eseguire in economia i lavori di cui all'articolo 50, comma 1. Tale autorizzazione equivale a dichiarazione di pubblica utilità, di urgenza e di indifferibilità dei lavori. Per la loro approvazione è richiesto unicamente il parere di cui all'articolo 1 della [legge provinciale 19 novembre 1993, n. 23](#), e successive modifiche.

(4) Salvo che per la costruzione ed il riattamento di fabbricati e di strade d'accesso alle aziende agricole, i progetti per la realizzazione dei lavori, delle opere e degli interventi di cui al comma 1 sono soggetti solamente al parere preventivo tecnico-economico della commissione tecnica di cui all'articolo 2 della [legge provinciale 19 novembre 1993, n. 23](#), e successive modifiche, e al parere espresso ai sensi dell'articolo 12/bis della [legge provinciale 25 luglio 1970, n. 16](#), e successive modifiche. Prima dell'inizio dei lavori una copia del relativo progetto è trasmessa al comune territorialmente competente.

(5) I lavori in economia di cui al presente articolo possono essere eseguiti, oltreché dalla Ripartizione provinciale Foreste, anche dalla Ripartizione provinciale Acque pubbliche ed opere idrauliche ai sensi della [legge provinciale 12 luglio 1975, n. 35](#), e successive modifiche.

(6) A seconda del tipo di intervento e dell'interesse pubblico inerente la realizzazione dell'opera, i lavori vengono eseguiti a totale carico dell'amministrazione provinciale o con partecipazione finanziaria da parte dei soggetti che ne traggono beneficio.

(7) I criteri e le priorità negli interventi di cui al comma 5 sono determinati dalla Giunta provinciale. [56](#)).



Delibera 9 marzo 2021, n. 227 - Criteri e priorità per l'effettuazione di interventi in amministrazione diretta da parte della Ripartizione provinciale Foreste



Delibera 19 luglio 2016, n. 816 - Approvazione dei criteri per la concessione di agevolazioni per interventi forestali e per l'esecuzione di interventi istituzionali in economia

54)La lettera h) dell'art. 32, comma 1, è stata così sostituita dall'art. 19, comma 19, della [L.P. 23 luglio 2021, n. 5](#).

55)La lettera k) dell'art 32, comma 1, è stata così sostituita dall'art. 19, comma 19, della [L.P. 23 luglio 2021, n. 5](#).

56)L'art. 32 è stato modificato dall'art. 30 della [L.P. 19 febbraio 2001, n. 4](#), e successivamente sostituito dall'art. 10 della [L.P. 23 luglio 2007, n. 6](#).

Art. 33 (Lavori in economia con fondi altrui)

(1) Qualora sussistano le condizioni che richiedano un intervento diretto, atto a garantire le finalità della presente legge, l'assessore provinciale alle Foreste può, su richiesta dell'interessato, autorizzare la Ripartizione provinciale Foreste, compatibilmente con l'attuazione dei propri programmi, a eseguire in economia lavori finanziati in tutto o in parte dall'interessato, purchè rientranti nelle tipologie di intervento previste dalla presente legge.

(2) Dopo l'esecuzione dei lavori di cui al comma 1 gli stessi vengono fatturati a carico del committente. [57](#)).

(3) In caso di concessione di contributi da parte della Giunta provinciale per un intervento rientrante nelle tipologie della presente legge, i beneficiari possono cedere il contributo alla Ripartizione provinciale Foreste per l'esecuzione da parte della stessa dei lavori in economia. [58](#)).

57)L'art. 33, comma 2, è stato così sostituito dall'art. 30, comma 1, della [L.P. 23 dicembre 2015, n. 18](#).

58)L'art. 33 è stato sostituito dall'art. 7 della [L.P. 9 gennaio 2003, n. 1](#), dall'art. 10 della [L.P. 23 luglio 2007, n. 6](#).

Art. 33/bis (Lavori in economia per comuni e altri enti pubblici)

(1) Per i comuni, l'esecuzione dei lavori e delle opere ai sensi degli articoli 19, 31, 32 e 33 è richiesta, previa deliberazione della Giunta comunale, dal sindaco territorialmente competente, che ne affida l'incarico alla Ripartizione provinciale Foreste.

(2) Per gli altri enti pubblici, la richiesta e l'affidamento dell'incarico di cui al comma 1 sono effettuati dal rispettivo rappresentante legale. [59\)](#)

59)L'art. 33/bis è stato inserito dall'art. 30, comma 2, della [L.P. 23 dicembre 2015, n. 18](#).

Art. 33/ter (Realizzazione dei progetti)

(1) L'Agenzia Demanio provinciale attua per la Ripartizione provinciale Foreste i progetti in economia predisposti e autorizzati dalla Ripartizione stessa. A tale scopo si avvale delle strutture della Ripartizione e riceve i relativi contributi. Il controllo sulla legittima realizzazione dei progetti rimane in capo alla Ripartizione. [60\)](#)

60)L'art. 33/ter è stato inserito dall'art. 16, comma 1, della [L.P. 6 luglio 2017, n. 8](#).

Sezione II Bilancio provinciale [61\)](#)

Art. 34 [62\)](#)

62)L'art. 34 è stato prima sostituito dall'art. 7 della [L.P. 9 gennaio 2003, n. 1](#), poi dall'art. 10 della [L.P. 23 luglio 2007, n. 6](#), ed infine abrogato dall'art. 3, comma 3, del [D.P.P. 5 febbraio 2016, n. 8](#).

Art. 35 [63\)](#)

63)L'art. 35 è stato abrogato dall'art. 44 della [L.P. 9 gennaio 2003, n. 1](#); vedi anche l'art. 45 della [L.P. 9 gennaio 2003, n. 1](#):

Art. 45 (Disposizioni transitorie)

(1) La gestione separata del fondo forestale provinciale di cui all'articolo 35 della [legge provinciale 21 ottobre 1996, n. 21](#), abrogato dalla lettera c) del comma 1 dell'articolo 44 della presente legge, cessa con effetto dall'1 gennaio 2003. La Provincia subentra nelle attività e passività e nei rapporti giuridici attivi e passivi della cessata gestione. Le disponibilità liquide risultanti al 31 dicembre 2002 sono versate alle entrate del bilancio provinciale e iscritte nel medesimo con le modalità di cui all'articolo 34, comma 3, della [legge provinciale 21 ottobre 1996, n. 21](#), e successive modifiche. Il rendiconto finanziario di gestione per l'anno 2002 del cessato fondo forestale provinciale è approvato dal comitato forestale provinciale entro il 31 marzo 2003 e, previo controllo da parte dell'ufficio provinciale vigilanza finanziaria, munito di una relazione tecnica sugli interventi effettuati, viene sottoposto all'approvazione da parte della Giunta provinciale.

(2) La gestione separata dell'Azienda speciale per la regolazione dei corsi d'acqua e la difesa del suolo per gli interventi per conto di terzi ai sensi dell'articolo 30, comma 4, del [decreto del Presidente della giunta provinciale 28 ottobre 1994, n. 49](#), cessa con effetto dall'1 gennaio 2003. La Provincia subentra nelle attività e passività e nei rapporti giuridici attivi e passivi della cessata gestione. Le disponibilità liquide risultanti al 31 dicembre 2002 sono versate alle entrate del bilancio provinciale e iscritte nel medesimo con le modalità di cui all'articolo 5 della [legge provinciale 12 luglio 1975, n. 35](#), e successive modifiche.

61)La rubrica è stata modificato dall'art. 7 della [L.P. 9 gennaio 2003, n. 1](#).

Sezione III Modalità

Art. 36 (Progettazione ed esecuzione dei lavori)

(1) Alla progettazione delle opere di cui all'articolo 31, nonché agli eventuali rilevamenti topografici necessari per l'esecuzione dei lavori, provvede la Ripartizione provinciale Foreste.

(2) I rilevamenti topografici per la definizione dei confini e per la successiva intavolazione dei diritti di proprietà possono essere affidati anche a liberi professionisti iscritti nei relativi albi professionali.

(3) I progetti relativi alle opere di cui al comma 1 sono costituiti di regola da:

- a) relazione tecnica;
- b) corografia e planimetria;
- c) computo metrico estimativo sommario;
- d) disegni sommari per le opere infrastrutturali;
- e) dichiarazione controfirmata dai proprietari dei fondi sulla disponibilità dei terreni necessari per l'esecuzione dei lavori;
- f) elenchi dei terreni interessati dagli interventi con indicazione delle particelle fondiarie e delle superfici totali o parziali.

(4) Nel corso della realizzazione dell'opera il direttore dei lavori, nell'ambito dei criteri informativi del progetto e della spesa complessivamente autorizzata, può adottare eventuali modifiche qualitative e quantitative necessarie per raggiungere le finalità previste, previa autorizzazione da parte del direttore della Ripartizione provinciale Foreste, qualora le stesse superino il quindici per cento. Se dette modifiche comportano variazioni superiori al venti per cento e contrastano con le prescrizioni impartite, il direttore dei lavori deve comunque predisporre un progetto di variante, soggetto alle approvazioni da parte degli organi competenti per quello originario.

(5) Il collaudo dei lavori eseguiti viene effettuato secondo le norme vigenti in materia.

Art. 37 (Dichiarazione di pubblica utilità)

(1) L'approvazione da parte della Giunta provinciale dei progetti esecutivi delle opere di cui all'articolo 31 equivale, per tutti gli effetti di legge, a dichiarazione di pubblica utilità, di urgenza e di indifferibilità delle opere.

Art. 38 (Espropriazione per pubblica utilità ed occupazione d'urgenza)

(1) Qualora per la realizzazione delle opere di rilevante interesse pubblico, che siano dirette alle finalità di cui agli articoli 31 e 32 della presente legge, risulti indispensabile, l'amministrazione provinciale può procedere all'espropriazione o all'occupazione d'urgenza dei relativi terreni secondo le modalità e le procedure nonché dietro il riconoscimento dell'indennità, come contenuti nella normativa vigente in materia.

Art. 39 (Sospensione d'uso od occupazione temporanea di terreni vincolati)

(1) Qualora si riconosca la necessità di rinsaldare terreni nudi destinati a pascolo, o comunque limitare drasticamente l'utilizzazione di terreni soggetti a vincolo per la realizzazione di un pubblico interesse con grave svantaggio per i proprietari del fondo, il Presidente della giunta provinciale, su proposta del direttore della Ripartizione provinciale Foreste, può imporre ai proprietari dei terreni la sospensione del godimento di essi per un periodo massimo di venti anni, ovvero procedere all'occupazione temporanea dei terreni stessi per compiere i lavori occorrenti.

(2) Ai proprietari dei terreni soggetti alle imposizioni di cui al comma 1 può essere concessa un'indennità annua fissa, determinata dall'assessore provinciale per le foreste, tenendo conto dei criteri per la determinazione di tale indennità stabiliti con deliberazione della Giunta provinciale. [64](#)

(3) L'indennità decorre dalla data di imposizione di cui al comma 1 e cessa con la riconsegna al proprietario del terreno dopo il collaudo dei lavori.

64)L'art. 39, comma 1, è stato così sostituito dall'art. 5, comma 13, della [L.P. 12 dicembre 2011, n. 14](#).

Art. 40 (Consegna delle opere)

(1) Compiuti e collaudati i lavori in attuazione di un determinato progetto, i terreni relativi e, di norma, le opere sono consegnati ai proprietari, che devono osservare le norme stabilite dall'articolo 41.

(2) Le modalità relative alla consegna di cui al comma 1 sono disciplinate nel regolamento di esecuzione della presente legge.

Art. 41 (Utilizzazione dei terreni e delle opere consegnate)

(1) Nei terreni rimboschiti e rinsaldati la coltura agraria ed il pascolo sono vietati.

(2) Per la violazione del divieto di cui al comma 1 è comminata la sanzione amministrativa pecuniaria di Euro 25 per ogni capo caprino oppure equino e di Euro 13 per ogni capo bovino, ovino o suino, con un minimo in ogni caso di Euro 62. In caso di violazione dell'articolo 10, si applicano le sanzioni ivi previste, sempre che siano più gravi. [65](#)

(3) Il proprietario dei terreni rinsaldati e rimboschiti deve gestire gli stessi secondo le finalità di cui all'articolo 1 e provvedere alla manutenzione ordinaria delle opere. [66](#)

(4) Alle opere realizzate ed, in particolare, a quelle per la regimazione delle acque deve essere comunque assicurata una particolare cura ed una debita manutenzione, i cui costi, in caso di infrastrutture, vengono suddivisi in base all'uso delle stesse, previo appositi accordi tra gli interessati.

(5) Per la violazione degli obblighi di cui al comma 3 è comminata la sanzione amministrativa pecuniaria da un minimo di Euro 62 ad un massimo di Euro 622. [65](#)

(6) Per la violazione delle prescrizioni di cui al comma 4 è comminata la sanzione amministrativa pecuniaria da un minimo di Euro 248 ad un massimo di Euro 2.487. [65](#)

65)Gli importi sono stati così sostituiti dall'art. 1, comma 49, del [D.P.P. 19 luglio 2006, n. 34](#).

66)L'art. 41, comma 3, è stato così sostituito dall'art. 16, comma 3, della [L.P. 18 ottobre 2016, n. 21](#).

Art. 42 (Lavori di rimboschimento e rinsaldamento volontari)

(1) La Provincia, i comuni, altri enti ed i proprietari privati, anche riuniti in consorzi, allo scopo di meglio garantire le finalità previste dall'articolo 1, possono eseguire, anche in comune, lavori diretti al rimboschimento dei terreni vincolati ed alla ricostituzione di boschi, nonché all'esecuzione nei medesimi di cure colturali in genere, attenendosi alle modalità stabilite dalla Ripartizione provinciale Foreste.

(2) La progettazione, la direzione dei lavori e la loro esecuzione possono essere affidate alla Ripartizione provinciale Foreste, che vi può provvedere ai sensi degli articoli 31 e 32, qualora vi sia pubblico interesse.

(3) Quando ne riconosca l'opportunità, l'amministrazione provinciale può altresì fornire gratuitamente i semi e le piantine occorrenti o concedere i previsti contributi.

CAPO II

Interventi a favore della selvicoltura, dei territori montani e dei pascoli

Sezione I

Disposizioni generali

Art. 43 (Disciplina per la concessione dei contributi)

(1) Salvo quanto diversamente previsto dalla presente legge, il regime per la presentazione della domanda per la concessione dei contributi nonché le modalità, i criteri ed i vincoli ad essa inerenti sono regolati dai seguenti articoli.



Delibera 25 febbraio 2014, n. 217 - Misure transitorie nell'ambito Foreste



Delibera N. 2051 del 13.12.2010 - Approvazione dei criteri e modalità per l'incentivazione di interventi per il miglioramento dell'efficienza antincendio, lotta antincendio, risparmio delle risorse idriche nonché bacini idrici multifunzionali



Delibera N. 2201 del 07.09.2009 - Modifica dei criteri e modalità per la concessione di contributi a favore delle zone rurali e del territorio montano ai sensi degli art. 43 - 49 della l.p. n. 21/1996

Art. 44 (Domande)

(1) Le domande intese ad ottenere le agevolazioni previste dalla presente legge sono rivolte alla Giunta provinciale tramite la Ripartizione provinciale Foreste, alla quale devono pervenire.

(2) Le modalità per la presentazione delle domande di cui al comma 1 e la documentazione da allegare alle medesime sono determinate tenendo conto delle caratteristiche proprie dell'intervento con circolare del direttore della Ripartizione provinciale Foreste.

Art. 45 (Liquidazione ed erogazione delle agevolazioni)

(1) La liquidazione delle agevolazioni previste dal presente capo è disposta sulla base della documentazione comprovante l'accertamento della regolare esecuzione delle opere, effettuato dai direttori d'ufficio competenti o dai funzionari incaricati ai sensi della vigente normativa provinciale.

(2) Qualora la spesa accertata risulti inferiore alla spesa ammessa, le agevolazioni concesse sono liquidate in misura proporzionalmente ridotta.

Art. 46 (Anticipi ed acconti)

(1) Per gli investimenti e le attività finanziate ai sensi della presente legge possono essere erogati anticipi ed acconti fino al cinquanta per cento del contributo concesso, ovvero acconti proporzionati ai lavori già eseguiti ed accertati dai competenti funzionari dell'amministrazione provinciale, fissando il termine massimo per l'inizio dei lavori, ovvero per l'esecuzione delle opere finanziate.

(2) Nel caso di mancata realizzazione degli investimenti e delle attività finanziate, i beneficiari sono tenuti a restituire le somme erogate, maggiorate degli interessi pari al tasso ufficiale di sconto.

(3) La restituzione deve essere effettuata entro i sessanta giorni successivi al ricevimento della richiesta a mezzo di raccomandata con ricevuta di ritorno.

(4) Nel caso di mancata restituzione nel tempo indicato, il recupero viene effettuato secondo le procedure previste dal decreto del Presidente della Repubblica 28 gennaio 1988, n. 43.

(5) Inoltre, fino a quando non sono state interamente recuperate le somme, rimane sospesa per l'inadempiente l'erogazione di tutte le agevolazioni amministrative dall'amministrazione provinciale.

Art. 47 (Diversa destinazione degli investimenti)

(1) Nel caso di diversa destinazione degli investimenti finanziati, i beneficiari sono tenuti alla restituzione delle somme con le maggiorazioni previste nell'articolo 46 e computate a partire dal momento in cui è stata effettuata la diversa destinazione, fino all'anno nel quale esiste il vincolo di destinazione.

(2) La destinazione degli investimenti finanziati deve essere rispettata per almeno 15 anni per quelli immobiliari e per almeno cinque anni per quelli mobiliari. [67\)](#)

(3) Per cause di forza maggiore possono essere accordati, purché preventivamente richiesti, cambi di destinazione, con finalità agricole o forestali, oppure agrituristiche ed artigianali, purché svolte nell'ambito della stessa azienda agricola.

67)L'art. 47, comma 2, è stato così sostituito dall'art. 5, comma 14, della [L.P. 12 dicembre 2011, n. 14](#).

Sezione II Contributi finanziari

Art. 48 (Contributi per la selvicoltura)












(1) L'amministrazione provinciale è autorizzata a concedere contributi fino al 70 per cento della spesa riconosciuta ammissibile per interventi selvicolturali, quali la formazione e la ricostituzione di boschi, le cure colturali di ogni tipo, i tagli fito-sanitari e gli altri interventi ai soprassuoli boschivi, ivi compresi quelli relativi alla prevenzione dei danni da fauna selvatica, da incendi e da altre calamità naturali, oltre ai lavori connessi. I contributi sono erogati per i lavori effettivamente eseguiti e sulla base dei prezzi unitari risultanti dai verbali di verifica.

(2) Per le esigenze di cui al comma 1, l'amministrazione provinciale può concedere contributi fino ad un massimo del 40 per cento delle spese riconosciute ammissibili per investimenti inerenti all'ammodernamento del parco macchine per l'utilizzazione legnosa, l'esbosco e per la prima lavorazione. [68](#).)

(3) Visto il particolare interesse pubblico al mantenimento del buono stato di salute dei popolamenti boschivi, e della loro stabilità e vitalità, l'amministrazione provinciale può concedere contributi in regime "de minimis" ai sensi del regolamento (UE) n. 1407/2013 della Commissione, del 18 dicembre 2013, per gli interventi di cui al comma 1, relativi alla prevenzione della diffusione di danni da parassiti e alle cure colturali dei popolamenti boschivi in fase giovanile volte a garantirne la stabilità e resistenza agli agenti esterni, che siano stati conclusi e per i quali venga proposta domanda entro il 31 dicembre 2020. [69](#).)

(4) I contributi di cui al comma 3 sono erogati con le modalità di cui al comma 1, previa certificazione di regolare esecuzione e termine dei lavori da parte della competente autorità forestale. [70](#).)

-  Delibera 13 aprile 2021, n. 334 - Proroga di regimi di aiuti nel settore forestale
-  Delibera 8 settembre 2020, n. 692 - Criteri per la concessione di agevolazioni per interventi volti ad accrescere il valore economico, sociale ed ecologico delle foreste
-  Delibera 6 agosto 2019, n. 676 - Modifica dei criteri per la concessione di contributi per infrastrutture primarie nel territorio rurale e di montagna, per la concessione di aiuti per la gestione delle malghe nonché per la concessione di agevolazioni per interventi forestali
-  Delibera 11 luglio 2019, n. 555 - Criteri per la concessione di aiuti per la rimozione di alberi danneggiati ai sensi dell'art. 48 della legge Provinciale del 21 ottobre 1996, n. 21
-  Delibera 18 aprile 2017, n. 456 - Criteri per la concessione di agevolazioni per interventi forestali (modificata con delibera n. 676 del 06.08.2019)
-  Delibera 19 luglio 2016, n. 816 - Approvazione dei criteri per la concessione di agevolazioni per interventi forestali e per l'esecuzione di interventi istituzionali in economia
-  Delibera 25 febbraio 2014, n. 217 - Misure transitorie nell'ambito Foreste
-  Delibera N. 2051 del 13.12.2010 - Approvazione dei criteri e modalità per l'incentivazione di interventi per il miglioramento dell'efficienza antincendio, lotta antincendio, risparmio delle risorse idriche nonché bacini idrici multifunzionali
-  Delibera N. 2 del 12.01.2009 - Approvazione dei criteri e modalità per la concessione di aiuti nel settore forestale per la rimozione del legno dal letto di caduta mediante l'uso di tecniche di esbosco rispettose del suolo e della superficie forestale. Aiuto al settore forestale Nr. 598/2007

68)L'art. 48 è stato così sostituito dall'art. 5, comma 15, della [L.P. 12 dicembre 2011, n. 14](#).

69)L'art. 48, comma 3, è stato aggiunto dall'art. 35, comma 1, della [L.P. 19 agosto 2020, n. 9](#).

70)L'art. 48, comma 4, è stato aggiunto dall'art. 35, comma 1, della [L.P. 19 agosto 2020, n. 9](#).

Art. 49 (Contributi per i pascoli e i terreni montani)












(1) L'amministrazione provinciale può concedere contributi fino al 70 per cento della spesa riconosciuta ammissibile per l'attuazione di tutte le opere, le misure ed i servizi necessari al mantenimento e al miglioramento della gestione delle malghe, nonché per il mantenimento e il recupero di ambienti e zone di particolare interesse naturalistico, paesaggistico o storico-culturale.

(2) Per opere, misure e servizi di cui al comma 1 si intendono la costruzione, la sistemazione e l'adeguamento delle infrastrutture riguardanti gli accessi, la costruzione e la sistemazione delle infrastrutture per il ricovero del personale e del bestiame, l'approvvigionamento idrico per il personale ed il bestiame, le infrastrutture per la raccolta e lo smaltimento delle acque reflue e delle deiezioni di provenienza animale, la realizzazione e sistemazione di chiudende per la delimitazione del pascolo nonché la separazione del bosco dal pascolo, i miglioramenti culturali dei terreni alpini nonché le infrastrutture per la trasformazione e la conservazione dei prodotti.

(3) I contributi possono essere concessi ai proprietari, e, previo consenso degli stessi, agli affittuari e ad altri gestori, che gestiscono le malghe di proprietà pubblica, privata singola e collettiva.

(4) Nei territori classificati montani in base alle normative vigenti e nelle zone rurali, a favore delle aziende agricole possono essere concessi contributi per la realizzazione delle infrastrutture di accesso, quali strade e teleferiche. Sono ammessi a contributo, nella misura fino all'80 per cento della spesa riconosciuta ammissibile, la costruzione, la sistemazione, l'adattamento, la pavimentazione della viabilità rurale e l'approvvigionamento idrico potabile e antincendio. In zone particolarmente disagiate e sfavorite dal punto di vista socio-economico o idrogeologico le percentuali contributive potranno essere adeguatamente aumentate fino alla copertura totale della spesa riconosciuta ammissibile.

(5) Per la costruzione, l'ampliamento e il risanamento delle infrastrutture per il ricovero di macchinari agricoli e forestali a favore di enti pubblici possono essere concessi contributi fino al 60 per cento della spesa riconosciuta ammissibile. [71\)](#)





-  Delibera 13 aprile 2021, n. 334 - Proroga di regimi di aiuti nel settore forestale
-  Delibera 6 agosto 2019, n. 676 - Modifica dei criteri per la concessione di contributi per infrastrutture primarie nel territorio rurale e di montagna, per la concessione di aiuti per la gestione delle malghe nonché per la concessione di agevolazioni per interventi forestali
-  Delibera 18 aprile 2017, n. 456 - Criteri per la concessione di agevolazioni per interventi forestali (modificata con delibera n. 676 del 06.08.2019)
-  Delibera 22 novembre 2016, n. 1296 - Criteri per la concessione di aiuti per la gestione delle malghe (modificata con delibera n. 676 del 06.08.2019)
-  Delibera 19 luglio 2016, n. 816 - Approvazione dei criteri per la concessione di agevolazioni per interventi forestali e per l'esecuzione di interventi istituzionali in economia
-  Delibera 17 novembre 2015, n. 1328 - Criteri per la concessione dei contributi per infrastrutture primarie nel territorio rurale e di montagna (modificata con delibera n. 676 del 06.08.2019)
-  Delibera 25 febbraio 2014, n. 217 - Misure transitorie nell'ambito Foreste
-  Delibera N. 2051 del 13.12.2010 - Approvazione dei criteri e modalità per l'incentivazione di interventi per il miglioramento dell'efficienza antincendio, lotta antincendio, risparmio delle risorse idriche nonché bacini idrici multifunzionali
-  Delibera N. 2201 del 07.09.2009 - Modifica dei criteri e modalità per la concessione di contributi a favore delle zone rurali e del territorio montano ai sensi degli art. 43 - 49 della l.p. n. 21/1996

71)L'art. 49 è stato così sostituito dall'art. 5, comma 16, della [L.P. 12 dicembre 2011, n. 14](#).

Art. 50 (Contributi in caso di danni a infrastrutture e immobili dovuti a calamità naturali)

(1) Ai comuni, alle amministrazioni separate di beni di uso civico, alle cooperative, ai consorzi, ad altre associazioni ed ai privati l'amministrazione provinciale può concedere contributi nella misura fino al 70 per cento delle spese riconosciute ammissibili per l'eliminazione di danni a immobili o infrastrutture di prevalente carattere agrario o forestale, causati da calamità naturali, quali terremoti, valanghe, smottamenti o inondazioni.

(2) L'importo massimo è stabilito con deliberazione della Giunta provinciale e può essere rivalutato dalla stessa in considerazione dell'incremento del costo della vita secondo l'indice ISTAT. I contributi sono erogati per i lavori effettivamente eseguiti e sulla base dei prezzi unitari risultanti dai verbali di verifica. [72\)](#)

-  Delibera 25 maggio 2021, n. 465 - Criteri per la concessione di contributi in caso di danni a immobili o infrastrutture causati da terremoti, valanghe, smottamenti o inondazioni
-  Delibera 6 agosto 2019, n. 676 - Modifica dei criteri per la concessione di contributi per infrastrutture primarie nel territorio rurale e di montagna, per la concessione di aiuti per la gestione delle malghe nonché per la concessione di agevolazioni per interventi forestali
-  Delibera 22 novembre 2016, n. 1296 - Criteri per la concessione di aiuti per la gestione delle malghe (modificata con delibera n. 676 del 06.08.2019)
-  Delibera 19 luglio 2016, n. 816 - Approvazione dei criteri per la concessione di agevolazioni per interventi forestali e per l'esecuzione di interventi istituzionali in economia

72)L'art. 50 è stato così sostituito dall'art. 5, comma 17, della [L.P. 12 dicembre 2011, n. 14](#).

CAPO III

Assistenza, propaganda, sperimentazione e formazione professionale

Art. 51 (Assistenza e consulenza)

(1) La Ripartizione provinciale Foreste presta gratuitamente l'assistenza e la consulenza ai singoli proprietari ed operatori forestali per:

- a) la difesa della piccola proprietà montana e l'incoraggiamento alla costituzione di associazioni e consorzi di proprietari di boschi per la prevenzione e l'estinzione degli incendi, per la difesa e prevenzione da danni biotici ed abiotici, per l'utilizzazione, la vendita ed il commercio dei prodotti forestali;
- b) il miglioramento dei boschi e pascoli, l'impianto di nuovi boschi, la creazione di piccole industrie forestali e di imprese di utilizzazione boschiva;
- c) il miglioramento, la gestione e l'utilizzazione dei boschi, l'adeguamento della produzione, compatibilmente con le caratteristiche ecologiche dei singoli popolamenti forestali, ed il commercio dei prodotti forestali.

(2) Le spese relative, come quelle previste dal presente capo, sono di regola eseguite in economia.

(3) L'assessore competente, su proposta del direttore della Ripartizione provinciale Foreste, può inoltre concedere particolari riconoscimenti al merito silvano.

Art. 52 (Propaganda e divulgazione)

(1) La Ripartizione provinciale Foreste promuove, anche di concerto con la Sovrintendenza scolastica in lingua italiana e l'Intendenza scolastica tedesca e ladina, azione di propaganda e di divulgazione forestale per la redazione di comuni programmi ed escursioni, anche con la partecipazione all'insegnamento di rappresentanti della Ripartizione stessa, con la promozione di corsi informativi sulle tematiche forestali ed ambientali per gli studenti delle scuole dell'obbligo e superiori come pure per il personale docente, nonché con l'istituzione della festa degli alberi.

Art. 53 (Ricerca e sperimentazione)

(1) La Ripartizione provinciale Foreste svolge attività di ricerca e sperimentazione nei settori della selvicoltura, della genetica, dell'ecologia forestale, dell'alpicoltura, della pianificazione forestale e territoriale delle funzioni boschive, della gestione ittica e faunistico-venatoria, della gestione aziendale e della produttività dei boschi, per lo studio e la difesa dei boschi dalle malattie e da altre avversità e danni di nuovo tipo, nonché del suolo e per le sistemazioni idraulico-forestali, idraulico-agrarie ed idraulico-pascolive, pascolive, sul legno, per la meccanizzazione dei lavori forestali, per lo studio degli ecosistemi forestali, dei loro equilibri ed interazioni con l'ambiente naturale in funzione soprattutto della loro conservazione, della tutela della natura e del paesaggio.

(2) Per l'esecuzione delle attività di cui al comma 1 la Ripartizione provinciale Foreste può avvalersi della collaborazione del Centro di sperimentazione agraria e forestale "Laimburg", nonché richiedere la consulenza e l'opera di istituti universitari o di ricerca sia nazionali che esteri.

Art. 54 (Formazione professionale)

(1) L'istruzione forestale è affidata alla Ripartizione provinciale Foreste, che vi provvede avvalendosi anche di altre strutture dell'amministrazione provinciale con l'istituzione di corsi di formazione ed aggiornamento professionale per il proprio personale.

(2) L'attività di cui al comma 1 mira alla preparazione, alla specializzazione ed all'aggiornamento del personale della Ripartizione provinciale Foreste.

(3) Il personale di cui al comma 2 può frequentare corsi di aggiornamento presso istituti d'istruzione sia nazionali che esteri.

(4) Possono altresì essere istituiti corsi d'istruzione, formazione ed aggiornamento professionale a favore di proprietari boschivi e di singoli operatori forestali, nonché degli operai addetti alle utilizzazioni forestali, rilasciando anche attestati di partecipazione e di profitto.

(5) Alla formazione professionale si può provvedere anche mediante viaggi d'istruzione, conferenze, convegni, mostre, manifestazioni istruttive, propagandistiche, agonistiche, pubblicazioni, studi, nonché mediante la produzione, l'acquisto, il noleggio di documenti foto-cinematografici, di materiale didattico e la rilevazione e la compilazione di dati statistici.

(6) Per le finalità di cui al presente articolo, l'amministrazione provinciale è autorizzata ad erogare sussidi e contributi a favore di enti ed associazioni operanti nei settori foreste, caccia, pesca ed ambiente, nonché mettere a disposizione materiale audiovisivo, illustrativo ed informativo.

TITOLO IV

Funzioni ed organi dell'amministrazione forestale

Art. 55 [73\)](#)

73)L'art. 55 è stato abrogato dalla lettera b) dell'art. 24, comma 1, della [L.P. 19 luglio 2013, n. 10](#).

Art. 56 (Struttura del servizio forestale provinciale)

(1) Il servizio forestale provinciale è costituito da:

- a) Direzione della Ripartizione provinciale Foreste, con circoscrizione provinciale;
- b) uffici centrali, con competenze specifiche e con circoscrizione provinciale;
- c) ispettorati forestali, con circoscrizione intercomunale;
- d) azienda provinciale foreste e demanio;
- e) stazioni forestali, come unità operative degli ispettorati forestali e dell'azienda provinciale foreste e demanio;
- f) [74\)](#)
- g) posti di custodia ittico-venatoria.

(2) Il numero, la denominazione e le competenze, sia degli uffici centrali che di quelli periferici, sono determinati dalla normativa provinciale vigente in materia.

(3) Con regolamento di esecuzione della presente legge vengono fissati il numero, la denominazione e le competenze delle stazioni forestali e dei posti di custodia ittico-venatoria. [75\)](#)



Delibera N. 491 del 22.03.2010 - Disciplina dell'esercizio della caccia da parte dei responsabili dei posti di custodia ittico-venatoria

74)La lettera f) dell'art. 56, comma 1, è stata abrogata dall'art. 12, comma 8, della [L.P. 23 ottobre 2014, n. 10](#).

75)L'art. 56, comma 3, è stato così sostituito dall'art. 12, comma 9, della [L.P. 23 ottobre 2014, n. 10](#).

Art. 57 (Attribuzioni)

(1) Al personale provinciale in servizio presso la Ripartizione provinciale Foreste, il cui profilo professionale corrisponde alle funzioni del personale del Corpo forestale dello Stato, sono attribuite le relative qualifiche di agente di pubblica sicurezza ed ufficiale od agente di polizia giudiziaria secondo la disciplina vigente in materia.

(2) Il personale di cui al comma 1, al quale è attribuita la qualifica di agente di pubblica sicurezza, è autorizzato a portare l'arma in dotazione.

Art. 58 (Competenza territoriale)

- (1)** Alla Ripartizione provinciale Foreste spetta la vigilanza su tutta l'attività forestale ed alpica sul territorio provinciale, nonché il controllo ed il coordinamento dell'azione esecutiva degli uffici centrali e degli ispettorati forestali.
- (2)** Gli ispettorati forestali e l'azienda provinciale foreste e demanio sono le strutture operative della Ripartizione provinciale Foreste e sono coadiuvati dalle stazioni forestali e dalle circoscrizioni di vigilanza boschiva, qualora l'entità dei compiti esiga un'organizzazione territoriale più capillare.
- (3)** Nell'ambito delle proprie circoscrizioni, i direttori della Ripartizione provinciale Foreste, degli ispettorati forestali e degli uffici centrali, nonché il direttore dell'azienda provinciale foreste e demanio, esercitano i poteri gerarchici e disciplinari su tutto il personale assegnato ai servizi del rispettivo territorio.
- (4)** Il direttore della Ripartizione provinciale Foreste o chi da lui delegato sostituisce il direttore dell'ispettorato forestale territorialmente competente nella sua funzione, ai sensi della normativa provinciale vigente, quale componente di qualsiasi commissione, consiglio, comitato o collegio comunque denominato.

Art. 59 (Funzioni)

- (1)** Il personale di cui agli articoli 56 e 57 esercita la sorveglianza e la tutela del patrimonio forestale e alpico e, in generale, nell'ambito delle competenze della Provincia, le funzioni di polizia e di servizio d'istituto spettanti al Corpo forestale dello Stato, quelle a loro affidate dalla presente legge nonché gli eventuali ulteriori compiti stabiliti da altra normativa.
- (2)** Costituiscono compiti istituzionali del servizio forestale provinciale la gestione sostenibile del suolo nel rispetto del vincolo idrogeologico-forestale, la relativa vigilanza e sorveglianza nonché la vigilanza sul rispetto di altre disposizioni attribuite al Corpo forestale provinciale, l'esecuzione dei lavori forestali in economia, la concessione di provvidenze, la consulenza nonché tutte le attività connesse e, in particolare, anche le attività scientifiche e amministrative concernenti lo svolgimento di detti compiti.
- (3)** Per lo svolgimento dei compiti di cui al presente articolo e per l'esecuzione dei lavori in economia e degli interventi previsti agli articoli 25, 28, 31, 32 e 33 il direttore della Ripartizione provinciale Foreste provvede all'acquisizione in economia di lavori, beni e servizi, compreso l'acquisto di abbigliamento, equipaggiamento e armamento di servizio, macchinari e veicoli speciali. [76\)](#)
- (4)** Le stazioni forestali sono rette di norma da personale provinciale in possesso della qualifica di ufficiale di polizia giudiziaria.
- (5)** Le strutture di cui all'articolo 56, comma 1, lettere a), c) e d), sono rette da personale laureato in scienze forestali e munito del titolo di abilitazione all'esercizio della relativa professione. [77\)](#) [78\)](#)


76)L'art. 59, comma 3, è stato così sostituito dall'art. 12, comma 4, della [L.P. 19 luglio 2013, n. 10](#).

77)L'art. 59 è stato sostituito dall'art. 2 della [L.P. 18 ottobre 2006, n. 11](#).

78)L'art. 59, comma 5, è stato così modificato dall'art. 52, comma 2, lettera m), della [L.P. 19 maggio 2015, n. 6](#).

Art. 60 (Personale operaio forestale)

- (1)** Per l'esecuzione in amministrazione di tutti i lavori e interventi previsti dalla normativa vigente in materia, gli uffici della Ripartizione provinciale Foreste sono autorizzati ad assumere personale operaio con contratto di diritto privato, applicando le norme e il trattamento economico previsto dal corrispondente contratto collettivo nazionale di lavoro per gli operai addetti ai lavori di sistemazione idraulico-forestale e idraulico-agraria ed ai relativi contratti integrativi circoscrizionali.

 Delibera N. 723 del 10.03.2008 - Approvazione del contratto integrativo per gli addetti ai lavori di sistemazione idraulico-forestale e idraulico-agraria per la Provincia autonoma di Bolzano

Art. 61 (Organi competenti per l'applicazione della legge)

- (1)** La sorveglianza sull'applicazione della presente legge e di ogni altra disposizione relativa alla conservazione del suolo, all'incremento, alla difesa ed utilizzazione dei boschi e dei pascoli montani, alla tutela della natura e del paesaggio, del patrimonio floristico e faunistico provinciale, alla caccia e alla pesca, nonché ogni altra attribuzione derivante da leggi speciali, sono demandate al personale forestale di cui all'articolo 57. Restano in vigore le disposizioni contenute nel decreto legislativo 12 marzo 1948, n. 804, ratificato con modificazioni dalla legge 4 maggio 1951, n. 538, e recepite ai sensi dell'articolo 4, comma 6, della [legge provinciale 24 marzo 1977, n. 11](#), e successive modifiche ed integrazioni.

(2) Fatte salve le competenze attribuite ai direttori d'ufficio ai sensi della normativa vigente, l'ordinanza-ingiunzione è emessa dal direttore della Ripartizione provinciale Foreste. Essa deve essere notificata ai soggetti interessati entro due anni dal ricevimento degli scritti difensivi o dalla data dell'audizione oppure, in sua mancanza, dalla scadenza dei termini previsti a tale scopo. [79](#)).

(3) Chi con un'azione od omissione viola diverse disposizioni che prevedono sanzioni amministrative o commette più violazioni della stessa disposizione, soggiace alla sanzione prevista per ciascuna violazione.

(4) Per le sanzioni amministrative pecuniarie proporzionali previste dalla presente legge non trova applicazione il pagamento in misura ridotta ai sensi dell'articolo 6 della [legge provinciale 7 gennaio 1977, n. 9](#), e successive modifiche, in quanto tali sanzioni amministrative pecuniarie hanno, nell'interesse pubblico, anche carattere risarcitorio per il danno arrecato ad ambiente e natura e devono pertanto essere necessariamente commisurate direttamente all'ammontare dello stesso. [80](#)).

79)L'art. 61, comma 2, è stato così sostituito dall'art. 19, comma 20, della [L.P. 23 luglio 2021, n. 5](#).

80)L'art. 61, comma 4, è stato aggiunto dall'art. 19, comma 21, della [L.P. 23 luglio 2021, n. 5](#).

TITOLO V

Norme transitorie e finali

Art. 62 (Prima applicazione)

(1) In prima applicazione della presente legge sono soggette alla disciplina di cui all'articolo 3 e seguenti i terreni che alla data della sua entrata in vigore risultano vincolati ai sensi degli articoli 1 e 17 del regio decreto 30 dicembre 1923, n. 3267, nonché i biotopi soggetti a vincolo paesaggistico ai sensi della normativa vigente in materia di tutela della natura e del paesaggio.

(2) In attesa del completamento della carta reale silvo-pastorale di cui all'articolo 21, la Ripartizione provinciale Foreste si avvale per l'identificazione dei terreni boschivi e pascolivi della cartografia allegata ai piani di gestione di cui agli articoli 13 e 16.

(3) Il regime dei lavori in economia di cui all'articolo 31, comma 2, si applica anche agli interventi istituzionali od affidati all'azienda speciale per la regolazione dei corsi d'acqua e la difesa del suolo.

(4) La dotazione organica del ruolo speciale dei sottufficiali e guardie del corpo forestale provinciale è aumentata di 15 posti.

(5) Al personale laureato in scienze forestali, che all'entrata in vigore della presente legge già riveste la direzione di una struttura, ma non è in possesso del titolo di abilitazione come previsto dall'articolo 59, comma 5, permane la dirigenza della struttura affidatagli e l'incarico può essere rinnovato prescindendo da tale requisito.

Art. 63 (Abrogazione di disposizioni)

(1) Sono abrogate le seguenti disposizioni:

- a) i titoli I, II, V e VI della [legge provinciale 31 dicembre 1976, n. 58](#);
- b) l'articolo 22 della [legge provinciale 11 aprile 1979, n. 4](#);
- c) gli articoli 22, 25 e 26 della [legge provinciale 7 luglio 1980, n. 24](#);
- d) la [legge provinciale 4 maggio 1982, n. 18](#);
- e) la [legge provinciale 14 giugno 1983, n. 17](#).

(2) Per le violazioni delle norme di cui al comma 1, compiute anteriormente all'entrata in vigore della presente legge, in riferimento alle quali non si è ancora concluso il procedimento inerente la comminazione della relativa sanzione amministrativa, si continua ad applicare la disciplina ivi prevista.

(3) Le disposizioni contenute nella normativa abrogata ai sensi del comma 1 trovano ancora applicazione limitatamente al completamento dei lavori già autorizzati.

(4) Alle domande presentate prima dell'entrata in vigore della presente legge ai fini della concessione delle agevolazioni abrogate ai sensi del comma 1, si applica la normativa ora vigente.

(5) Il bilancio provinciale di cui all'articolo 3, comma 1, della [legge provinciale 14 giugno 1983, n. 17](#), continua ad essere utilizzato per le finalità e con le modalità previste dall'articolo 34 della presente legge. [81\)](#)

(6) Gli interventi a carico del bilancio provinciale disposti anteriormente all'entrata in vigore della presente legge e non realizzati fino a tale data, vengono ultimati in attuazione della disciplina contenuta nella normativa abrogata ai sensi dell'articolo 63, comma 1. [81\)](#)

81)I commi 5 e 6 sono stati modificati dall'art. 7 della [L.P. 9 gennaio 2003, n. 1](#).

Art. 64 [82\)](#)

82)Omissis.

Art. 65 (Entrata in vigore)

(1) La presente legge entra in vigore il 1° gennaio dell'anno successivo alla data della sua pubblicazione sul Bollettino Ufficiale della Regione Trentino-Alto Adige.

La presente legge sarà pubblicata nel Bollettino Ufficiale della Regione. È fatto obbligo a chiunque spetti di osservarla e di farla osservare come legge della Provincia.